





### Vom VI. Arbeitsnachweisongreß.

Am 27. und 28. Oktober tagte in Breslau der sechste Arbeitsnachweisongreß. Diese Kongresse werden vom Verband deutscher Arbeitsnachweise veranstaltet und treten alle zwei Jahre zusammen. Von der reichhaltigen Tagesordnung — es waren in zwei Tagen nicht weniger als zehn Referate entgegenzunehmen — hatte ein Punkt ein besonderes Interesse für die Arbeiterchaft. Es ist dies der Punkt: „Einsichtige Arbeitgeber und Arbeitnehmerschaft.“ Hierüber referierten Dr. Reßler (Gesellschaft für Soziale Reform) und der Regierungsrat Dominicus (Straßburg).

Für die deutschen Gewerkschaften bildet der alleinige Besitz des Arbeitsnachweises keine Forderung mehr, an der sie unbedingt festhalten. Sie haben in dieser Beziehung ihre frühere Auffassung gänzlich geändert. Der Arbeitsnachweis ist ihnen heute nicht mehr ein Kampfmittel, mit dessen Hilfe man die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse anzustreben habe. Die Gewerkschaften sind groß und stark geworden, sie suchen ihre Forderungen direkt, nicht auf dem Umwege über den Arbeitsnachweis zu erreichen. Mit wenig Ausnahmen stehen heute alle Gewerkschaften grundsätzlich auf dem Boden der paritätischen Arbeitsnachweise. Der Arbeitsnachweis soll lediglich einen möglichst schnellen Vermittlung der Arbeitskräfte dienen, einen Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt herbeiführen. Durch die Ausbreitung der Tarifverträge nimmt die Zahl der paritätisch geleiteten Arbeitsnachweise immer mehr zu. Auch der Deutsche Metallarbeiter-Verband vertritt, wie der erste Referent ausdrücklich feststellte, grundsätzlich die Forderung nach Errichtung von Arbeitsnachweisen auf paritätischer Grundlage.

Andererseits auf Seiten der Unternehmer. Sie brauchen die eigenen Arbeitsnachweise als Kontrollbureaus über den Arbeiterbestand der ihren Verbänden angeschlossenen Bureaus. Auf der Tagung in München 1908 wurden die Vorteile der einseitigen Unternehmensnachweise also gerühmt: sie seien von patriotischer Bedeutung — Mittel gegen die Sozialdemokratie —, beste Waffe im wirtschaftlichen Kampfe —, dienen zur „Erziehung“ renitentier, kontraktbrüchiger Arbeiter. . . . In den Unternehmensnachweisen werden die schwarzen Listen und die Zeugnisabschriften geführt, Aussperrung und Maßregelung geregelt. Im übrigen versuchen diese Nachweise, die jüngeren, die auswärtigen und die ausländischen Arbeiter zu bevorzugen. Nach der Meinung des Referenten scheine es aufgegeben, die Organisierten auszuscheiden.

Herr Dominicus verbreitete sich unter anderem über den gegenwärtigen Stand der Zechennachweise. Er hat diese kürzlich besucht, ebenso die in Betracht kommenden Organisationen der Arbeiter. Dabei überraschte Herr Dominicus durch die Mitteilung, daß die Arbeiterorganisationen mit der Führung der Zechennachweise im allgemeinen zufrieden seien. Im ganzen hätten die Bergherren gehalten, was sie im Frühjahr versprochen hätten, und wenn (so sollen die Vertreter der Arbeiterorganisationen weiter gesagt haben) sie bei den Beschwerdeinstellungen beteiligt würden, dann seien sie mit dem Zustand der Dinge ganz zufrieden.

Welche Macht aber die Unternehmer in ihren einseitig verwalteten Arbeitsnachweisen in der Tat vereinigen, geht zur Genüge aus den Zahlen hervor, die Herr Dominicus mitteilen konnte: durch die Zechennachweise befinden sich 530 000 Arbeiter unter einer strikten Kontrolle. In den ersten acht Monaten sind durch die Nachweise 95 800 Mann eingestellt worden. Das Meiste der Gründung der Zechennachweise sei nach Behauptung der Grubenbesitzer die Bekämpfung des Kontraktbruchs und des Belagertums gewesen.

Man, wie die Kontraktbrüche zu Lande kommen, wissen wir. Da werden Tausende berufstrender Arbeiter, zum großen Teil Ausländer, herangezogen. Ihnen werden von den Agenten zum Teil glänzende Versprechungen gemacht, die sich dann nicht bewahrheiten. Durch brutale Behandlung, durch das raffiniert ausgelegte Strafsystem, Lohnabzüge etc. wird der so häufig bellagte Belagertumswechsel gefördert. Das ist im Bergbau wie in der Metallindustrie vielfach von den Unternehmern und ihren Beauftragten verurteilt, bestraft wird es an den Arbeitern. Wegen unberechtigtem Austritt wurden 7800, wegen unentschiedenem Austritt 6000 Arbeiter bestraft, indem sie 14 Tage vom Kohleweiss ausgeschlossen wurden. Einen Erfolg hätten diese Maßregelungen allerdings nicht gehabt.

Trotz der scheinbaren Ruhe, die im Kohlegebiet herrsche, glänze es aber unter der Erde weiter. Die einseitigen Zechennachweise — so schloß Herr Dominicus — dienen nicht dem Frieden, sie bilden eine stete Gefahr für unser Wirtschaftsleben.

Für die Diskussion beizeln sich die Generalsekretäre der Unternehmensverbände, die Nachweise ihrer Auftraggeber zu verteidigen. Zunächst trat Herr Dr. Flechtner, der Sekretär der Vereinigung der Eisenindustriellen Stettins, in die Sphäre. Der öffentliche paritätische Arbeitsnachweis arbeite zu konträrthlich, man schide die Arbeitssuchenden in der Reihenfolge. (Das ist ausgerechnet und schon Tausende Male widerlegt.) Die Industrie müsse verlangen können, daß die Beamten (des Nachweises) im Interesse der Industrie (soll heißen: der Unternehmer) tätig sind. Daher müßten sie ihre eigenen Nachweise aufrechterhalten. Auch der Uebertritt wegen und wegen der Kontrolle bei Streiks. Dann werde in den paritätischen Nachweisen der sozialdemokratische Einfluß immer sehr groß sein, weil die Arbeiter größeres Interesse daran nehmen. Den großen Industriekapitalisten, die so schon einen erheblichen Teil ihrer kostbaren Zeit im Interesse des Selbstwehles (!?) opfereten, könne man doch nicht zumuten, täglich fundamente auf dem Arbeitsnachweis zu sitzen. Natürlich bekräftigt Herr auch, daß die Unternehmensnachweise Maßregelungsbureaus sind. In der Metallindustrie erfahre man, wie das Koalitionsstreik keine Einschränkung der Arbeitsvertrag werde nicht gefährdet. Für frühere Zeiten mochte es Herr Dr. Flechtner, wie es scheint, noch gelten lassen. Heute aber sei bei den Unternehmensnachweisen der Konfessionscharakter zurückgetreten.

Herr Dr. Roje vom Verband Berliner Metallindustrieller schanderte seinem Kollegen. Das Verhalten der öffentlichen Nachweise bei Lohnkämpfen läge lediglich im Interesse der Gewerkschaften. Daß durch die Unternehmensnachweise Maßregelungen geschähen, bekräftigt auch er. Das Vorgehen der Mannheimer Industriellen gab er preis. Gegen eine paritätische Arbeitsnachweiskommission hätte er nichts einzuwenden. Früher wären auch die Gewerkschaften radikaler eingetreten.

Herr Dr. Reimer vom wirtschaftlichen Verband in Mannheim machte den vergeblichen Versuch, das Vorgehen des Mannheimer schwarzen Kabinets zu rechtfertigen.

Herr Brandorf (Stadtrat der Metallindustriellen der Kreisheimatgenossenschaft Dresden) meinte nach der Glauhe, daß die Unternehmensnachweise Maßregelungsbureaus seien, beruhe lediglich auf der Seite der sozialdemokratischen Wähler.

Die Generalsekretäre Göttfried (Dresden), Schulenburg (Straßburg), Köpcke und Bösch (Breslau) traten den Ausführungen der Generalsekretäre entgegen. Sie schilderten in eingehender Weise das Strafsystem, die Scheinverträge, die Personal-Listen, kurz die ganzen satzungsbekanntlich Einrichtungen der Unter-

nehmenachweise. Schulenburg (Metallarbeiter) machte die Mitteilung, daß die Mannheimer Gemeindegewerkschaft zum Teil heute noch nicht untergebracht sind.

Den Unternehmern erstand aber auch ein Kämpfe aus den Reihen der Arbeiter, Wischniowski (Vertreter der gelben Konfessionsgewerkschaften von Berlin). Nach ihm besteht eine wirkliche Parität bei den öffentlichen Nachweisen deswegen nicht, weil dort die Gelben nicht vertreten sind. Die national geminteten Arbeiter müßten fernbleiben und den Kampf aufnehmen gegen die freien Gewerkschaften. — Damit schloß die Diskussion über den ersten Punkt.

Es ist aber nötig, nochmals kurz auf die Referate selbst zurückzukommen. Die Herren Dr. Reßler und Dominicus machten nämlich geltend, daß heute bei den paritätischen Nachweisen die Parität noch nicht richtig ausgebildet wäre. Heute werde wohl den Arbeitern Mitteilung über bestehende Streiks gemacht, den Unternehmern würden aber die Namen der Streikenden nicht genannt. Erst wenn das auch geschähe, könne von einer wirklichen Parität die Rede sein. Herr Dominicus überraschte durch die Mitteilung, daß diese Einrichtung in Straßburg schon seit einiger Zeit bestehe, daß die Arbeiter damit ganz einverstanden seien. Herr Dominicus vergaß dabei nur, daß in Straßburg manches möglich ist, was im übrigen Deutschland, dort, wo die Industriebarone herrschen, für die Arbeiter einfach unannehmbar ist.

Die amwesenden Arbeitervertreter ließen darüber auch selten Zweifel. Bis jetzt haben die Arbeiter die paritätischen Arbeitsnachweise in jeder Weise gestützt und gefördert. Wenn die von Herrn Dominicus angeführte „Parität“ eingeführt werden sollte, dann wären die Unternehmer in Zukunft der Mühe entzogen, schwarze Listen zu führen. Inflationen, die unter dem Vorwand, strengste Neutralität und Gerechtigkeit zu üben, sich dazu ergeben, die revoltierenden Lohnsklaven ihren „Herren“ zu denunzieren, ihnen zu dauernder Brandmarkung zu verhelfen und der brutalsten Verfolgung auszuweichen, können das Vertrauen der Arbeiter nicht länger besitzen!

Auf den Arbeitsnachweisongressen werden Beschlüsse nicht gefaßt. Aber der Ausschuß des Verbandes zieht aus den stattgehabten Debatten Schlüsse. Der einzelne Arbeitsnachweis braucht sich allerdings auch nach diesen Beschlüssen nicht zu richten. Allem Anschein nach gibt sich der Verband deutscher Arbeitsnachweise dem Glauben hin, durch derartige Konzessionen an die Machtgelüste der Unternehmer diese zu bewegen, ihre eigenen Arbeitsnachweise aufzugeben und sie den paritätischen anzuschließen. Das ist eine arge Täuschung. Die Unternehmer gebrauchen ihre Arbeitsnachweise als Kontrollbureaus, sie werden sie durch die schönsten Konzessionen, die ihnen die paritätischen Arbeitsnachweise machen, nicht aufgeben.

Warten wir zunächst die weitere Entwicklung der Dinge ab, jedenfalls hat die Arbeiterchaft auf ihrer Hut zu sein. Der nächste Gewerkschaftskongreß wird kaum umhin können, sich mit der Angelegenheit zu befassen.

Der Nachmittag des zweiten Sitzungstages wurde durch einen Ausflug nach dem weltbekannten Kurort Buzbilla ausgefüllt. Schon als wir den Bahnhof verließen, fiel uns ein ziemlich starker Schokoladengeruch auf, obwohl wir immerhin noch einige Minuten zu wandern hatten, ehe wir die wegen ihrer Wohlgeruchsrichtungen (in besserem Sinne des Wortes) bekannte Kakaofabrik von Cabburh erreichten. Der ganze Betrieb ist offenbar darauf eingerichtet, daß er zu jeder Zeit Besuchern gezeigt werden kann, wenigstens soweit man solche zulassen will. Zunächst führte man uns ins „Frauenschwimmbad“. Arbeiterinnen, die das 16. Jahr noch nicht erreicht haben, erhalten zweimal wöchentlich 1/2 Stunde obligatorischen Schwimmuterricht. Sodann ging es in den Versammlungsraum, der auch als Kantine und als — Kirche dient. Es befindet sich eine Orgel darin und ferner stehen in Fächern an den Wänden Bücher mit frommen Liedern. Mit den Verpackungsräumen für die verschiedenen Süßigkeiten will die Firma vor den Besuchern offenbar am meisten paradiesieren. Die Besucher werden auf ansehnend eigens für diesen Zweck gebauten Galerien durch die verschiedenen Säle geführt, wo einige hundert laubere geliebte und zum großen Teil niedliche junge Mädchen die Waren in die für den Verkauf bestimmten Kartonnagen etc. verpacken. Es summt sehr lebhaft unter den jungen Arbeiterinnen und manches vergnügte Lächeln flog zu den neugierigen Besuchern hinauf, die von oben herabschauten. Sodann ging es durch die Lagerräume und ferner durch die Räume, wo die Waren zum Versand in Kisten verpackt werden. Die Fabrikationsräume, die uns natürlich am meisten interessiert hätten, wurden uns jedoch nicht gezeigt. Man erklärte uns, wir würden dort sehr wenig sehen, weil die Maschinen dermaßen in Schutzvorrichtungen eingekapselt seien, daß man den Fabrikationsprozeß nicht beobachten könne. In der Fabrik sind annähernd 3000 Personen beschäftigt. Die Männer arbeiten 8 Stunden, die Frauen 7 1/2.

Der Besuch bedeutete für uns eine kleine Enttäuschung, indem wir erwartet hatten, daß wir mehr sehen würden. Mit dem Besuch der berühmten Gartenstadt ging es ebenso. Man zeigte uns die hübschen Häuser nur von außen. Es ließe sich natürlich noch verschiedenes sagen, doch mögen an dieser Stelle die wenigen Zeilen genügen.

Für den letzten Sitzungstag lag noch recht viel Arbeit vor. Am Tage vorher hatte ein englischer Delegierter Beschwerde erhoben, daß die Sitzung so spät begonnen habe. Das hatte aber daran gelegen, daß von seinen Landsleuten so viele erst so spät kamen. Auch bei der früheren Eröffnung der Sitzung am dritten Tage fehlten noch viele Engländer. Zunächst wurde eine Revisionskommission gewählt, bestehend aus den Kollegen Beer (Oesterreich), Lesjore (Frankreich, Goldarbeiter) und Griffiths (Großbritannien, Stahlhämmer).

Wie vorausgesehen war, entfiel der Punkt 4 der Tagesordnung: Die Schaffung eines Gegenseitigkeitsverhältnisses der Organisationen der verschiedenen Länder eine Debatte, bei der die Geister wiederholt sehr heftig aufeinanderprallten. Auf eine Begründung der Anträge (siehe Metallarbeiter-Zeitung, Nr. 41, Seite 324) verzichtete Kollege Schilde. Man diskutierte zunächst über den Antrag 1, der von der Auskunftsabteilung handelt.

Kollege Willins (Großbritannien, Maschinenbauerverband) bedauerte, daß die Deutschen Veranlassung hätten, sich über mangelhafte Veröffentlichung aus England zu beklagen. Redner befürwortete, daß vor jedem Kongreß vom Sekretär eine Liste über die von ihm erlangenen Anfragen und ferner über die befragten Gewerkschaften und die eingegangenen Antworten aufgestellt werde.

Kollege Cohen befürwortete, daß es den deutschen Gewerkschaften freigestellt sein möge, sich direkt an die britischen Gewerkschaften zu wenden, ohne der Vermittlung durch den Sekretär der britischen Sektion zu bedürfen.

Kollege Johnson betonte demgegenüber, daß in England noch so viele keine Organisationen vorhanden seien und daß er bei diesen besser bekannt sei, als Kollege Schilde.

Kollege Beer (Oesterreich) regte an, daß Schilde und Johnson gemeinsam eine Note durch Großbritannien machen sollten, um den Organisationen bekannt zu werden.

Kollege Schilde erklärte, daß er bisher mit den britischen Gewerkschaften stets durch Vermittlung des Kollegen Johnson ver-

nehmernachweise. Schulenburg (Metallarbeiter) machte die Mitteilung, daß die Mannheimer Gemeindegewerkschaft zum Teil heute noch nicht untergebracht sind.

Den Unternehmern erstand aber auch ein Kämpfe aus den Reihen der Arbeiter, Wischniowski (Vertreter der gelben Konfessionsgewerkschaften von Berlin). Nach ihm besteht eine wirkliche Parität bei den öffentlichen Nachweisen deswegen nicht, weil dort die Gelben nicht vertreten sind. Die national geminteten Arbeiter müßten fernbleiben und den Kampf aufnehmen gegen die freien Gewerkschaften. — Damit schloß die Diskussion über den ersten Punkt.

Es ist aber nötig, nochmals kurz auf die Referate selbst zurückzukommen. Die Herren Dr. Reßler und Dominicus machten nämlich geltend, daß heute bei den paritätischen Nachweisen die Parität noch nicht richtig ausgebildet wäre. Heute werde wohl den Arbeitern Mitteilung über bestehende Streiks gemacht, den Unternehmern würden aber die Namen der Streikenden nicht genannt. Erst wenn das auch geschähe, könne von einer wirklichen Parität die Rede sein. Herr Dominicus überraschte durch die Mitteilung, daß diese Einrichtung in Straßburg schon seit einiger Zeit bestehe, daß die Arbeiter damit ganz einverstanden seien. Herr Dominicus vergaß dabei nur, daß in Straßburg manches möglich ist, was im übrigen Deutschland, dort, wo die Industriebarone herrschen, für die Arbeiter einfach unannehmbar ist.

Die amwesenden Arbeitervertreter ließen darüber auch selten Zweifel. Bis jetzt haben die Arbeiter die paritätischen Arbeitsnachweise in jeder Weise gestützt und gefördert. Wenn die von Herrn Dominicus angeführte „Parität“ eingeführt werden sollte, dann wären die Unternehmer in Zukunft der Mühe entzogen, schwarze Listen zu führen. Inflationen, die unter dem Vorwand, strengste Neutralität und Gerechtigkeit zu üben, sich dazu ergeben, die revoltierenden Lohnsklaven ihren „Herren“ zu denunzieren, ihnen zu dauernder Brandmarkung zu verhelfen und der brutalsten Verfolgung auszuweichen, können das Vertrauen der Arbeiter nicht länger besitzen!

Auf den Arbeitsnachweisongressen werden Beschlüsse nicht gefaßt. Aber der Ausschuß des Verbandes zieht aus den stattgehabten Debatten Schlüsse. Der einzelne Arbeitsnachweis braucht sich allerdings auch nach diesen Beschlüssen nicht zu richten. Allem Anschein nach gibt sich der Verband deutscher Arbeitsnachweise dem Glauben hin, durch derartige Konzessionen an die Machtgelüste der Unternehmer diese zu bewegen, ihre eigenen Arbeitsnachweise aufzugeben und sie den paritätischen anzuschließen. Das ist eine arge Täuschung. Die Unternehmer gebrauchen ihre Arbeitsnachweise als Kontrollbureaus, sie werden sie durch die schönsten Konzessionen, die ihnen die paritätischen Arbeitsnachweise machen, nicht aufgeben.

Warten wir zunächst die weitere Entwicklung der Dinge ab, jedenfalls hat die Arbeiterchaft auf ihrer Hut zu sein. Der nächste Gewerkschaftskongreß wird kaum umhin können, sich mit der Angelegenheit zu befassen.

### Sechster Internationaler Metallarbeiterkongreß.

(Schluß)

Der Nachmittag des zweiten Sitzungstages wurde durch einen Ausflug nach dem weltbekannten Kurort Buzbilla ausgefüllt. Schon als wir den Bahnhof verließen, fiel uns ein ziemlich starker Schokoladengeruch auf, obwohl wir immerhin noch einige Minuten zu wandern hatten, ehe wir die wegen ihrer Wohlgeruchsrichtungen (in besserem Sinne des Wortes) bekannte Kakaofabrik von Cabburh erreichten. Der ganze Betrieb ist offenbar darauf eingerichtet, daß er zu jeder Zeit Besuchern gezeigt werden kann, wenigstens soweit man solche zulassen will. Zunächst führte man uns ins „Frauenschwimmbad“. Arbeiterinnen, die das 16. Jahr noch nicht erreicht haben, erhalten zweimal wöchentlich 1/2 Stunde obligatorischen Schwimmuterricht. Sodann ging es in den Versammlungsraum, der auch als Kantine und als — Kirche dient. Es befindet sich eine Orgel darin und ferner stehen in Fächern an den Wänden Bücher mit frommen Liedern. Mit den Verpackungsräumen für die verschiedenen Süßigkeiten will die Firma vor den Besuchern offenbar am meisten paradiesieren. Die Besucher werden auf ansehnend eigens für diesen Zweck gebauten Galerien durch die verschiedenen Säle geführt, wo einige hundert laubere geliebte und zum großen Teil niedliche junge Mädchen die Waren in die für den Verkauf bestimmten Kartonnagen etc. verpacken. Es summt sehr lebhaft unter den jungen Arbeiterinnen und manches vergnügte Lächeln flog zu den neugierigen Besuchern hinauf, die von oben herabschauten. Sodann ging es durch die Lagerräume und ferner durch die Räume, wo die Waren zum Versand in Kisten verpackt werden. Die Fabrikationsräume, die uns natürlich am meisten interessiert hätten, wurden uns jedoch nicht gezeigt. Man erklärte uns, wir würden dort sehr wenig sehen, weil die Maschinen dermaßen in Schutzvorrichtungen eingekapselt seien, daß man den Fabrikationsprozeß nicht beobachten könne. In der Fabrik sind annähernd 3000 Personen beschäftigt. Die Männer arbeiten 8 Stunden, die Frauen 7 1/2.

Der Besuch bedeutete für uns eine kleine Enttäuschung, indem wir erwartet hatten, daß wir mehr sehen würden. Mit dem Besuch der berühmten Gartenstadt ging es ebenso. Man zeigte uns die hübschen Häuser nur von außen. Es ließe sich natürlich noch verschiedenes sagen, doch mögen an dieser Stelle die wenigen Zeilen genügen.

Für den letzten Sitzungstag lag noch recht viel Arbeit vor. Am Tage vorher hatte ein englischer Delegierter Beschwerde erhoben, daß die Sitzung so spät begonnen habe. Das hatte aber daran gelegen, daß von seinen Landsleuten so viele erst so spät kamen. Auch bei der früheren Eröffnung der Sitzung am dritten Tage fehlten noch viele Engländer. Zunächst wurde eine Revisionskommission gewählt, bestehend aus den Kollegen Beer (Oesterreich), Lesjore (Frankreich, Goldarbeiter) und Griffiths (Großbritannien, Stahlhämmer).

Wie vorausgesehen war, entfiel der Punkt 4 der Tagesordnung: Die Schaffung eines Gegenseitigkeitsverhältnisses der Organisationen der verschiedenen Länder eine Debatte, bei der die Geister wiederholt sehr heftig aufeinanderprallten. Auf eine Begründung der Anträge (siehe Metallarbeiter-Zeitung, Nr. 41, Seite 324) verzichtete Kollege Schilde. Man diskutierte zunächst über den Antrag 1, der von der Auskunftsabteilung handelt.

Kollege Willins (Großbritannien, Maschinenbauerverband) bedauerte, daß die Deutschen Veranlassung hätten, sich über mangelhafte Veröffentlichung aus England zu beklagen. Redner befürwortete, daß vor jedem Kongreß vom Sekretär eine Liste über die von ihm erlangenen Anfragen und ferner über die befragten Gewerkschaften und die eingegangenen Antworten aufgestellt werde.

Kollege Cohen befürwortete, daß es den deutschen Gewerkschaften freigestellt sein möge, sich direkt an die britischen Gewerkschaften zu wenden, ohne der Vermittlung durch den Sekretär der britischen Sektion zu bedürfen.

Kollege Johnson betonte demgegenüber, daß in England noch so viele keine Organisationen vorhanden seien und daß er bei diesen besser bekannt sei, als Kollege Schilde.

Kollege Beer (Oesterreich) regte an, daß Schilde und Johnson gemeinsam eine Note durch Großbritannien machen sollten, um den Organisationen bekannt zu werden.

Kollege Schilde erklärte, daß er bisher mit den britischen Gewerkschaften stets durch Vermittlung des Kollegen Johnson ver-



lehrt habe. Nur in einigen dringenden Fällen habe er direkt ge-

schrieben, an Hobson aber dann stets einen Durchschlag geschickt.

Den Kollegen Beer bemerkte er, daß das Statut des Bundes schon

Informationen über Tarife handle. Es sei ihm aber bisher nicht möglich

gewesen, solche auszuführen.

Kollege Hobson wußte an Beispielen nachzuweisen, daß ein

anderer Zustand als der bisherige nicht möglich sei, besonders wenn

es sich um Informationen über Tarife handle.

Zum Antrag, der von der Erhaltung der Mitglieds-

chaft im Ausland handelt, befristete

Kollege Solau (Belgien), daß seiner Organisation die für

Kollegen, die in Belgien reisen, gezielte Reiseunterstützung während

des ersten Monats von der Organisation, wo das Mitglied her-

kommt, erfolgt werde.

Tagesvorsitzender Reichel schlug vor, dies in den Gegen-

seitigkeitsverträgen zwischen den einzelnen Verbänden zu regeln.

Der Kongreß sollte sich aber mehr für die Erhaltung der Mitglieds-

chaft im Ausland aussprechen und die bisherigen Schranken mede-

reihen.

Kollege Malasits (Ungarn) brachte Beschwerden über die

Verbände in Italien und in Rumänien vor.

Kollege Wilkins führte aus, seine Organisation sei im

Prinzip mit dem Antrag einverstanden. Es gäbe aber in England

für den Uebertritt und die Unterstützungszahlung besondere

Schwierigkeiten, die erst schwinden würden, wenn die Verjährung

der Organisationen größere Fortschritte gemacht haben wird. Redner

drückte sich die Regelung so, daß die Mitglieder vorläufig in ihrer

alten Organisation bleiben.

Kollege Cohen bedauerte die Ausführungen von Wilkins, die

zeigten, daß wir in den jahrelangen Bemühungen noch nicht einen

Schritt weiter gekommen seien. Wenn die englischen Kameraden

sagen, daß sie im Prinzip damit einverstanden seien, dann sei es

notwendig, dies endlich einmal in die Tat umzusetzen.

Was hier bei den Engländern erreicht werden soll, haben fast alle

angelsächsischen Organisationen schon seit Jahren verwirklicht und

sich nicht darüber beklagt. Wenn es sogar der kleinen Schweiz mit

dem ungeheuren Fremdenzufluß möglich ist, dann sollte es den

Engländern doch noch leichter möglich sein. Wenn auf diesem Gebiet

nichts zu erreichen ist, so müssen wir wieder nach Hause fahren in

dem Bewußtsein, uns wieder einmal vergebens bemüht zu haben.

Was nun alle Liebeserklärungen, wenn für die Mitglieder unserer

Organisationen nichts dabei herauskommt? Wir wollen nur, daß

unsere Mitglieder von euch ebenso behandelt werden sollen, wie

die eurigen von uns behandelt werden. Wir wissen nicht, welche

sind, wenn sie genötigt sind, in England Ar-

beit zu nehmen, daß sie als vollberechtigte Mitglieder ange-

sehen werden und übertreten können. Wir stellen uns das Gegen-

seitigkeitsverhältnis ferner so vor, daß wir in Fällen von

großen Kämpfen nicht nur ideale, sondern

auch materielle Hilfe zu erwarten haben. Wir

wären der Meinung, daß als letzter Termin für die Erledigung der

Sache der März nächsten Jahres anzusehen sei. Wenn die eng-

lischen Kameraden aber für den Januar sind, so akzeptieren wir

dies ohne weiteres. Wir wünschen ferner, daß an den Beratungen

der Subkommission der Kamerad Schilde und ein Standinavier teil-

nehmen.

Kollege Merheim (Frankreich, Metallarbeiter): Wenn die

Engländer wirklich so demokratische Organisationen haben, wie sie

behaupten, so hätten sie diese Angelegenheit schon längst ihren Mit-

gliedern zur Stellungnahme vorlegen können. Sie haben die Vor-

lage doch schon früh genug gehabt. Wir Franzosen haben es ge-

tan. Redner schlug eine Resolution vor, die es jeder Ge-

werkschaft, ohne Unterschied der Nationalität, zur Pflicht macht,

Mitglieder angelsächsischer Verbände anderer Nationen ohne Zahlung

von Eintrittsgeld aufzunehmen. Das Mitglied hat die statutenge-

mässen Beiträge zu zahlen und sich auch den übrigen Bestimmungen

des Statuts zu unterwerfen, soweit zwischen den betreffenden Orga-

nisationen keine gegenseitige Vereinbarung getroffen worden ist.

Kollege Davis: Die britischen Organisationen haben die

Vorlage erst im Oktober, zum Teil sogar erst vor 14 Tagen er-

halten. Einige Verbände wußten sogar noch nicht einmal, ob sie

auf dem Kongreß vertreten sein würden. Hier in England sind die

Gewerkschaften vollständige Demokratien und die Delegierten können

in dieser Sache nicht eher etwas tun, als bis sie die Meinung ihrer

Mitglieder eingeholt haben. Wenn die Deutschen sagen, was sie

eigentlich wollen (!), so werden wir den Willen der Internationalen

bei unseren Mitgliedern durchzusetzen suchen. Obgleich dies große

technische Schwierigkeiten hat, werden wir doch tun, was in unserer

Macht liegt.

Die Debatte war nunmehr erschöpft.

Bei der Abstimmung wurde die Resolution des Kollegen

Merheim mit 27 gegen 32 Stimmen (der Engländer) abgelehnt.

Nunmehr schlug

Kollege Sebering vor, das ganze vorliegende Material der

Subkommission zum Studium und zur Ausführung

zu überweisen.

Dieser Antrag wurde gegen drei Stimmen angenommen.

Kollege Cohen wünschte, daß an den Beratungen der Sub-

kommission auch ein französischer Kamerad teilnehmen möge.

die Revisionen stellen sollen. Die Wahl fiel auf die Schweiz, Groß-

britannien und Dänemark. Die Revision soll einen Tag vor Be-

ginn des Kongresses erfolgen.

Zum internationalen Sekretär wurde Kollege Schilde ein-

stimmig wiedergewählt.

Kollege Jones (Großbritannien, Maschinenbauer) dankte dem

als Uebersetzer fungierenden Genossen de Man (Belgien) für seine

vorzüglichen Leistungen. Diese Rede wurde ohne Uebersetzung von

familiären Delegierten verstanden und mit großem Beifall auf-

genommen.

Kollege Melchiel hielt nunmehr die Schlußrede. Wenn

der Kongreß auch nicht alle Wünsche erfüllt habe, so habe er doch

einige praktische Arbeit geleistet und wiederum einen Schritt weiter-

geführt auf der aufsteigenden Bahn, auf der sich die Arbeiterbewe-

gung befindet. In Brüssel standen die Kameraden zuweilen unter

dem Eindruck, als ob alles auseinanderzugehen drohe und es

wurde schwerer, die Einheit wieder herzustellen. Ganz so schlimm

ist es jetzt nicht mehr. In den großen Fragen sind wir zwar noch

nicht völlig einig geworden, haben aber den Weg gefunden zu

weiterer gemeinschaftlicher Arbeit. Weil die Verhältnisse in den

einzelnen Ländern zu verschieden sind, ist es schwierig, immer einen

Ausgleich und einen Weg zu gemeinsamer Arbeit zu finden. Der

Kongreß hat seine Aufgabe nicht reiflos gelöst, ist aber immerhin

ein Meilenstein in der Entwicklung der Internationalen der Metall-

arbeiter. Auch haben die Begrüßenden das Beste aus dem

Kongreß zum Ausdruck gebracht, besaglichen die

Gewerkschaft zum Kriege. Dem Vorkommnis stellte er die Soli-

darität aller Völker gegenüber. Der Kongreß bildet einen weiteren

Meilenstein in der Frage des Schutzes der Kollegen, die ins Aus-

land gehen. Die Hauptarbeit in dieser Angelegenheit wird aller-

dings die Kommission zu leisten haben. Redner wünschte der Kom-

mission besten Erfolg und danke allen, die zum Gelingen des Kon-

gresses beigetragen haben, vor allen Dingen dem Uebersetzer. Was

wäre der Kongreß ohne diesen gewesen? Er hat einen großen Teil

der vom Kongreß geleisteten Arbeit erst ermöglicht und auch in den

privaten Zusammenkünften fleißig geholfen. Der nächste Kongreß

wird uns wohl eine noch stärkere Vertretung der Metallarbeiter

bringen. Auf Wiedersehen in Berlin!

Kollege Schilde dankte für das durch die Wiederwahl be-

weisene Vertrauen. Wir befinden uns heute auf englischem Boden

und wünschen, daß dieses Märketen, daß der Kongreß gesellig

hat, auch von allen Organisationen weitergepflegt werde. Wir hoffen,

daß die englischen Kameraden uns auch auf unseren Kongressen be-

suchen, wie es einige ja schon getan haben. Auf Wiedersehen auf

dem Kontinent und in England!

Kollege Reichel schloß dann den Kongreß.

Wir behalten uns vor, seine Ergebnisse in einer Nachtlese zu

würdigen.

### Zur Lohnbewegung der Kettenmacher in Pforzheim.

Wie bekannt, kam es wegen der Ablehnung der eingereichten

Forderungen der in der Kettenindustrie beschäftigten Arbeiter und

Arbeiterinnen in Pforzheim zur Einreichung der Kündigung, die in-

zwischen abgelaufen ist, und im Anschluß daran zur Ausfertigung

Erklärung des Arbeitgeberverbandes für die Kettenindustrie. Die

ganze Angelegenheit verdient aber eine nähere Beleuchtung, da wohl

nach nirgends ein Arbeitgeberverband einen absehbenden Standpunkt

mit so fadencheinigen und auch unlauteren Mitteln zu begründen und

zu verteidigen gesucht hat, wie der wegen seiner scharfmacherischen

Äußerungen bekannte Arbeitgeberverband von Pforzheim und Umgebung

unter dem Vorhitz des Handelskammerpräsidenten C. W. Meier.

Daß die Lage der Kettenmacher die gedrückteste aller in der

Bildwerke beschäftigten Arbeiter ist, weiß jeder, der diese Industrie

kennt. Besonders während der Krise hatten diese Arbeiter und Ar-

beiterinnen sehr zu leiden, denn unausgesehene Abzüge waren an der

Tagesordnung. Dem sollte für die Zukunft vorgebeugt werden, und

zwar in der Weise, daß in erster Linie für ständig gleichmäßige Arbeit,

die überall in gleicher Herstellungs- und Weiterverarbeitungsmethode

erfolgt, einheitliche Akkordsätze für eine bestimmte Gültig-

keitsdauer festgelegt werden sollten, und daß ferner für alle anderen

Arbeiten betriebsweise Preisverzeichnisse mit der Firma und einer

Kommission der Arbeiter festgelegt werden. Differenzpreise waren

vorgehoben. Eine weitere Forderung war die, daß der in Pforzheim

noch bestehende Revers, wonach bei Stellenwechsel jeder Arbeiter

unterschriftlich auf den Lohn der letzten Arbeitsstelle verzichtet, ab-

geschafft werde. Dies waren die hauptsächlichsten Punkte des von

uns vorgelegten Entwurfs zu einem Lohn- und Arbeitsvertrag. Der

Eingabe, die an jeden einzelnen Fabrikanten ging, war eine ausführ-

liche Begründung beigegeben und ebenso wurde sie dem Arbeitgeber-

verband mit einem Begleitbrief am 17. September ds. Js. übermittelt.

Auf unsere Zuschrift ging nun folgende Antwort ein:

Pforzheim, den 20. September 1910.

An die Verwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes!

Auf Ihr gest. Schreiben vom 17. ds. Mts. überreichen wir

Ihnen beigegeben die von unserer heutigen Generalversammlung

zu dem übersandten Entwurf zu einem Lohn- und Arbeitsvertrag

für die in der Pforzheimer Kettenindustrie beschäftigten Arbeiter und

Arbeiterinnen gestellte Entschliessung. Wir bedauern hiernach, dem

von Ihnen gemühten Versuch zu einer Verständigung über diese

Angelegenheit auf Grund einer mündlichen Aussprache nicht näher-

treten zu können.

Hochachtungsvoll

Arbeitgeberverband für Pforzheim und Umgebung.

Der Vorsitzende: Der Geschäftsführer:

C. W. Meier. Dr. Käsemacher.

Mit Anlage.

Die Anlage enthält eine langatmige Resolution, die der Arbeit-

geberverband in der Presse veröffentlichte und in der der von uns

eingereichte Entwurf „als unannehmbar und unmöglich“ und

die geforderte Lohnerhöhung als „unberechtigt“ einstimmig ab-

gelehnt war.

Am 24. September bestätigten wir dem Arbeitgeberverband den

Eingang seiner Zuschrift.

Am 27. September hatten zwei Vertreter unserer Organisation

eine private Aussprache mit einem sehr angesehenen und auch ein-

flußreichen Interessenten, der sich seitler schon immer die größte

Ruhe gab, vermittelt bei Differenzen zwischen Unternehmern und

Arbeitern einschreiten. Wir erklärten dem Herrn, daß es uns fern

liege, ernste Differenzen heraufzubeiwenden, daß wir jederzeit bereit

seien, auf friedlichem Wege eine Verständigung herbeizuführen, voraus-

gesetzt natürlich, daß an uns nicht Zumutungen gestellt würden, die

wir nicht akzeptieren könnten. Dieser Herr erklärte uns, daß maß-

gebende Kreise des Arbeitgeberverbandes unter allen Umständen

gegen eine Verständigung in dieser Sache wären, sie bezogener

unsere Vorschläge einfach als unannehmbar. Er glaubte aber, daß,

wenn wir Punkt 1 unserer Vorschläge nicht aufrechterhielten, wohl

eine Verständigung möglich sei und daß er selbst mit allen Mitteln

das Zustandekommen einer persönlichen Aussprache befürworten

werde, soweit sein Einfluß reiche. Für Erfolg könne er jedoch

nicht garantieren bei der Stimmung, die herrsche. Wir erklärten

dann diesem Herrn, wie wir uns die Regelung der Ziffer 1 unserer

Vorschläge denken, daß aber selbstverständlich nur in gegenseitiger

Ansprache darüber eine Verständigung möglich sei, da bei der

Komplexität gerade dieser Angelegenheit die Sache mit ein paar

Worten nicht abzutun sei.

Auf Grund des Eindruckes und der Informationen, die wir durch

diese Unterredung gewonnen hatten, übermittelten wir dann dem

Arbeitgeberverband am 2. Oktober folgende Zuschrift:

„Begen anderweitiger dringender Inanspruchnahme war es uns

leider bisher nicht möglich, auf Ihr Geßtes vom 22. September,

dessen Eingang an unsere Pforzheimer Geschäftsstelle wir Ihnen kurz

bestätigten, eingehender zu antworten.

Wir können dem jetzt nach und bemerken, daß wir es lebhaft

bedauern, daß Sie erklären, nicht in der Lage zu sein, auf unseren



Vorschlag eingehen zu können, ja daß Sie sogar, was wir nicht erwarteten, eine mündliche Aussprache darüber ablehnen. Wir haben Ihnen in keiner Weise einen „Tarifvertrag“, wie Sie bemerken, vorgeschlagen, sondern einen Entwurf zu einem Lohn- und Arbeitsvertrag, der sich in ganz wesentlichen Punkten unterscheidet von dem, was man gemeinhin als Tarifvertrag bezeichnet. Fehlt doch vor allem die Forderung von Minimallöhnen sowie eine Bestimmung über die Arbeitszeit, beides Dinge, die von einem Tarifvertrag untrennbar sind.

Was wir Ihnen vorschlugen, ist die heillose Verfahrenheit in Bezug auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Kettenbranche in geordnetere Verhältnisse zu bringen, über das Wie haben wir uns ausreichend dahin erklärt, daß wir Ihre Gründe zu der Angelegenheit berücksichtigen und einen für beide Teile gangbaren Weg zu betreten bereit sind.

Von einer „Nivellierung“ der Löhne ist in unserm Vorschlag gar keine Rede, sondern von einer Regelung der Arbeitsarbeit. Aber auch hier herrschen bei Ihnen, wie aus Ihrem Schreiben ohne alles weitere hervorgeht, ganz falsche Ansichten beziehungsweise Auffassungen, und schon deshalb wäre über diese Sache eine eingehende Aussprache, um alle eventuellen Mißverständnisse mit ihren etwaigen unangenehmen Begleiterscheinungen von vornherein auszuschließen, nötig. Schriftlich läßt sich weder das eine noch das andere so ausführlich erörtern, wie zum gegenseitigen Verstehen nötig ist.

Aber abgesehen von Ihrem Standpunkt, der sich ja nur auf Ziffer 1 unseres Vorschlages beziehen kann und über den wohl, wie schon bemerkt, eine Verständigung möglich ist, enthalten die anderen Punkte des von uns eingereichten Entwurfs eine ganze Reihe von Vorschlägen, über die eine Aussprache und Regelung herbeizuführen wohl gelingen dürfte, wenn bei Ihnen der Wunsch und die Mühsicht zur Verständigung in gleichem Maße vorhanden ist, wie bei uns.

Wir wiederholen also höflichst unsern Wünschen um eine mündliche Aussprache zwischen uns und Ihrer Organisation unter Hinzuziehung einiger Herren Arbeitgeber und Arbeiter der Kettenbranche. Über Zeit und Ort wird eine Verständigung sehr leicht möglich sein, wenn Sie belieben wollen, uns einige Tage vorher zu benachrichtigen.

Hochachtungsvoll  
Deutscher Metallarbeiter-Verband.  
F. A. Karl Vorhölzer.

Darauf erfolgte dann am 6. Oktober die Mitteilung des Arbeitgeberverbandes, daß er den Inhalt unseres Schreibens der Arbeitergewerkschaft der Pforzheimer Kettenindustrie vorlegen werde und uns dann weitere Nachricht werde zugehen lassen. Die Antwort kam dann am 13. Oktober, nachdem wir telefonisch das lange Ausbleiben derselben montiert hatten. Damit „es schöner ausseht“, wurde sie um einen Tag vordatiert. Sie lautete:

„Im Anschluß an unser Schreiben vom 6. ds. Mts. und in Erledigung Ihrer gest. Zuschrift vom 2. ds. Mts. beehren wir uns, Ihnen ergebenst folgendes mitzuteilen:

Die Ihnen aus nun mehrjähriger Praxis bekannt ist, sind wir keine prinzipiellen Gegner von Verhandlungen. Doch sind die Kettenfabrikanten mit dem Gesamtverband zu dem einstimmigen Beschluß gekommen, Ihrem erneuten Vortrage nicht stattzugeben zu können, weil mit Ausnahme von § 10 (Heimarbeit betreffend), welcher schon in unserer Abmachung vom Jahre 1906 geregelt ist, über sämtliche Punkte die beteiligten Fabrikanten und die Generalversammlung in der Ihnen übermittelten Resolution ihre genügend begründete Stellungnahme niedergelegt haben, woran sich im wesentlichen nichts geändert hat.

Hochachtungsvoll  
Arbeitgeberverband für Pforzheim und Umgebung.  
G. W. Meier. Dr. Käsemacher.

Daß die Kettenmacher mit einem solchen Bescheide nicht zufrieden waren, wird ohne weiteres begreiflich sein. In einigen sehr überfüllten Versammlungen nahmen die Kettenmacher zu der Angelegenheit Stellung und beschloßen, auf die letzte Antwort mit der Kündigung zu antworten. Auch diesen Beschluß, der in einer Resolution niedergelegt war, teilten wir den Unternehmern mit, erklärten aber erneut, nach wie vor gerne zu Verhandlungen bereit zu sein. Eine Antwort vom Arbeitgeberverband erfolgte nicht mehr. Wohl aber ging nun ein Kampf los, wie er eigenartiger und widerlicher wohl noch nirgends geführt wurde. Die Presse wurde nun von dem Arbeitgeberverband zur „Rechtfertigung“ seiner ablehnenden Haltung fortgesetzt benutzt. Mit den unwahren Behauptungen wurde die Öffentlichkeit auf seitens großen Infanterien geführt, die „Eisensäge“ der Zeitungen steckte tägl. voll „Eingekleidet“, in denen „Fabrikanten“ und andere unkontrollierbare Personen ganze Räbel von Schmutz und Dreck über die Arbeiter und ihre Führer ausleerten. Nur ein Beispiel, mit welcher verlogenen Mittel diese Arbeitgeberorganisation oder ihre Führer kämpften. In einem Hiesigen Infanterie wurde behauptet, daß die Pforzheimer die höchsten Löhne bezahlten, höhere als Hanau. Daß man in Hanau nur „soweit möglich“ um 2 1/2 aufgebessert habe und daß es eine bewährte oder unbewährte Lüge sei, wenn behauptet werde, der Pforzheimer Arbeitgeberverband habe in Hanau feinerzeit zur Aussperrung geheißen. Diese dreifachen Behauptungen wurden sofort in gebührender Weise von unseren Kollegen Bezirksleiter Ehrler und dem Bevollmächtigten Graf von Hanau als ganz bewusste Unwahrheiten zurückgewiesen und mit Beweisen widerlegt, ebenso wurden dem Arbeitgeberverband weitere Beweise angeboten. Dieser hat aber bis heute auf seine Festsetzung hin die Sprache noch nicht wieder gefunden. Der Arbeitgeberverband gibt damit zu, mit welchen „ehrlichen“ Mitteln er den Kampf führt.

Der Arbeitgeberverband verstand aber auch, eine „Einnützigkeit“ der Fabrikanten herbeizuführen, daß „sie wie ein Mann zusammenstehen“. Sehen wir uns einmal an, wie das gemacht wird. Als am Montag den 31. Oktober die Fabrikantenversammlung tagte, die zur Kettenmacherbewegung wiederum Stellung nahm, war „gut“ vorangeht worden. Einige Tage vorher ging nämlich den Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes ein Zirkular zu, in dem es unter anderem heißt:

„Sehe also, wenn ein Trennlofer sich democh jände, der, nachdem er die Ablehnung der Verhandlungen mit dem Metallarbeiter-Verband mitbeschlossen hat, später seinen Kollegen durch einen Separatfrieden in den Rücken fallen würde. Die Folgen wären für ihn: vorläufige Verzichtung und Ausfaltung seiner Firma aus dem Berkehr mit seriösen Firmen. Ihn würde sich kaum jemals wieder die Lure eines Exporteurs oder Großhändlers öffnen.“

Zur Beratung der Streitgegenstände im Rahmen des Reichstages will der Zentralverband Deutscher Fabrikanten in Material über Territoriums vorlegen, wir empfehlen ihm, sich an den Pforzheimer Arbeitgeberverband zu wenden. Zu der Beratung waren die Selbsthändler, die Bankiers anwesend, sie fanden bei den Fabrikanten heraus und dann ließ der Handelskammerpräsident abstimmen, was zur Öffentlichkeit, nicht gehen. Wer wundert sich da noch über die „Einnützigkeit“ der Fabrikanten? Da ist der Territoriums, den die Arbeiter aus die Behauptung ihres Koalitionsrechtes über, ein Sonderprivileg gegenüber der Sozialität, die die Scharhändler im Arbeitgeberverband treiben. Dagegen und Abdrückende von Fabrikanten er-läutern uns nachher persönlich, teils durch unsere Vertrauensleute, daß sie unter keinen Umständen Krieg mit der Arbeiterkraft wollen, daß sie weder aussperrten, noch daß sie es guthießen, daß über die Forderungen der Kettenmacher nicht verhandelt würde. Auf die Gegenseite, warum sie denn diese Ansicht nicht im Arbeitgeberverband zum Ausdruck bringen, wurde uns aber überaus freundlich erklärt: „Ja, was denken Sie denn, der wirtschaftliche Main wäre die sofortige Folge, wenn wir unserer innern Übergangung Ausdruck verleihen würden.“

Wir glauben den Herren aus dem — Durch „Jahres“ erzielten wir einen ganz neuen Bericht des — Metallarbeiter-Verbandes, den wir am anderen Tage in der Presse veröffentlichten. Darüber natürlich große Best, aber wir lachten. Wir hatten in weiser Voraussicht dessen, was kommt, schon vor der Bekanntmachung der Unternehmern unsere Maßnahmen getroffen. Diese hatten nämlich beschlossen, nach ihrer Erklärung in der Öffentlichkeit:

1. Falls in einem Betriebe eine allgemeine Kündigung (nicht nur der Kettenmacher und Kettenmachern) erfolgen sollte, werden am 5. November d. S. sämtliche Kettenfabriken, am 12. November

sämtliche übrigen Bijouteriefabriken der im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Arbeitnehmerkraft kündigen. Die Arbeitswilligen werden nach wie vor geschützt und die Betriebe aufrecht erhalten.

2. Die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes für Pforzheim und Umgebung erklären sich solidarisch und verpflichten sich, von heute an bis zur Aufhebung dieses Beschlusses Arbeiter und Arbeiterinnen irgend welcher Art nicht anzunehmen und den gegenseitigen Beschäftigung an Arbeitern und Arbeiterinnen strengstens zu respektieren. Arbeitergesuche in der Presse und auf dem Städtischen Arbeitsamt sind unter allen Umständen bis auf Widerruf dieses Beschlusses zu unterlassen.

3. Es wird ein Streikbeweisgebilde in Höhe von 1 Prozent der im letzten Jahre gezahlten Löhne. Zu demselben wird sofort von den Mitgliedern die Hälfte von der Kasse des Arbeitgeberverbandes eingekobelt.

Das Wörtchen „falls“ wurde aber sicherem Vernehmen nach erst am andern Tage „hineinbeschliffen“, da die Fabrikanten gesehen hatten, daß wir einen Gegenzug machten, der ihren schönen Plan über den Haufen warf. Wir verteilten nämlich am Dienstag den 1. November, morgens 6 Uhr, Zettel mit der Weisung, daß jeder Arbeiter, der nach seiner Organisationszugehörigkeit gefragt werde, mit Nein antworten solle. Damit war es den Fabrikanten unmöglich gemacht, unsere Kollegen auf die Straße zu setzen, sie mußten entweder alle oder keinen entlassen. Die Mut der Unternehmer über diesen Schachzug geht aus einem Infanter von ihnen hervor, in dem sie den obigen Beschluß der Öffentlichkeit mitteilen und worin sie schreiben:

„Durch das gestern früh veröffentlichte gelbe Flugblatt, worin der Metallarbeiter-Verband seine Mitglieder direkt zur Verleugnung ihrer Organisation und grober Massenlüge auffordert, hat die Führung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ihren moralischen Bankrott erklärt und das Recht zur Vertretung der Arbeiterinteressen verwirkt. Auf gleicher Höhe steht die unwahre Behauptung, die Aussperrung sei gestern von uns beschlossen worden.“

Die Fabrikanten hatten nämlich in ihrer Versammlung so schön kalkuliert, sie gedachten nur die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes auszusperrten und mit den anderen dann hübsch gemühtlich weiterzuarbeiten. Hatte doch auf eine Anfrage in der Fabrikantenversammlung, „woran man denn die Organisation erkennen?“, Herr C. W. Meier erklärt: „O, dies ist sehr einfach, die verraten einander schon von selbst.“ Es kam aber anders, als es sich der geniale Handelskammerpräsident gedacht hatte. Er scheint nämlich Wilhelm Busch nicht zu kennen.

Wie recht wir hatten, das beweist auch das Verhalten der „Christlichen“. Diese Gesellschaft, die unseres Wissens noch keine einzige Kettenmacherversammlung abgehalten hat und doch auch „dabei sein möchte“, ließ ein Infanter in der Zeitung los, worin sie sich „über die von wenig Mut jugende Lügenparole“ höchlichst „entrüstet“. Selbstverständlich können die „Christlichen“ eine solche Parole gar nicht ausgeben, denn sie rechnen damit, wie bei der Aussperrung vor einigen Wochen: wenn die anderen ausge-sperrt würden, schon weiterarbeiten zu können, deshalb muß sie doch der betreffende Fabrikant kennen!

Nun, unsere Parole trug gute Früchte, die Unternehmer kamen durcheinander wie noch nie, und ihr großer Schrecken, den sie verbreiten wollten, löste sich in Gelächter bei den Arbeitern aus. Aber auch sonst noch konnte man sehen, wie die Fabrikanten es „ernst meinen“. „Wenn wir euch fragen, sagt nur, ihr seid unorganisiert!“ — so sagten Kabinettmeister und Chefs fast überall zu den Leuten. Als der Beschluß der Fabrikanten dann bekannt war, nahmen vier Hiesiger Versammlungen sofort Stellung, und die beschloßen einmütig, sofort die Beilarbeit einzustellen, was bis heute fast einhellig, ausgenommen einige Speichellecker, die aber keine Rolle spielen, befolgt wird.

Mittlerweise haben nun die Kettenbjueters ebenfalls gekündigt, so daß die Lage der vom Arbeitgeberverband verhehten Firmen eine geradezu verzweifelte geworden ist. Dies kann wohl ohne Ueberhebung erklärt werden. Im Fabrikantenlager güt es unbeschreiblich, und wir könnten heute die Bewegung vielleicht schon zu Ende bringen, wenn wir dem Arbeitgeberverband die Niederlage nach außen hin ab- und auf unsere Schultern nehmen würden. Einige Stunden bevor wir dies geschrieben, war eine dritte Persönlichkeit bei uns, die „Führung nahm“. Ziehen Sie doch diese Forderungen zurück, und dann werden Verhandlungen stattfinden und Sie bekommen Zugeständnisse.“ Wir sagten dem Herrn, daß dies nicht gehe, unter keinen Umständen, und daran sei der Arbeitgeberverband selbst schuld. Hätte der nicht von Anfang an erklärt, „es gibt unter gar keinen Umständen über unsere Vorschläge eine Verhandlung“, so wäre die Sache anders. Hätte er Gegenwärtige gemacht oder einmal gehört, wie weit unsere Konzeptionen gehen, auch dann wäre die Sache anders. Wenn wir auf den Vorschlag eingingen, würde der Arbeitgeberverband erklären: „Seht, nachdem wir aussperrten, da zieht der Metallarbeiter-Verband seine Forderungen zurück, und wir haben ihn dazu gezwungen.“ Eine solche Tat, kurz nach der Werftarbeiterbewegung, hieß den Pforzheimer Arbeitgeberverband über den Verband Deutscher Metallindustrieller stellen, so hoch schätzen wir aber die Pforzheimer Unternehmerorganisation doch nicht ein, denn die Herren werden auch über unsere Vorschläge verhandeln, denn sie werden, wenn nicht ganz unvorhergesehene Umstände eintreten — müssen. Das Räuber des Arbeitgeberverbandes wird von seinen eigenen Mitgliedern durchschaut, denn es handelt sich nicht um die Unerfüllbarkeit unserer Forderungen, die sind zu erfüllen, und wenn nicht ganz, so doch zum größten Teil, sondern es handelt sich darum, daß der Arbeitgeberverband für Pforzheim den Krieg will. Er will die Vernichtung der Organisation der Arbeiter und allem Anschein nach auch die Vernichtung einer größeren Anzahl kleinerer und mittlerer Betriebe, damit die von einzelnen Mitgliedern dieses Verbandes gewünschte Konzentration in der Kettenbranche einen weiteren Schritt vorwärts kommt. Und gegen letzteres soll der Kampf gegen uns den Vorwand bieten und zugleich die Unternehmer von uns befreien. Der Schuß wird aber zu der Sorte gehören, die den Schützen treffen, die Pforzheimer Fabrikanten werden, wenn auch erst nach großem Schaden, einsehen lernen, daß sie besser getan hätten, ihren satzungsbekanntem Schachmachern nicht zu folgen. Unsere Organisation hat in den letzten Tagen fast tausend neue Mitglieder gewonnen, denen wohl zula 80 Anstriche gegenüberstehen von solchen, die glauben, sie würden dafür von den Unternehmern eine Entschädigung bekommen. Diesen Glanzzeiten weinen wir keine Träne nach, mit solchen Leuten ist uns nicht gebührt. Die Gesamtheit der Pforzheimer Arbeiterkraft steht aber auch, daß es zutrifft, was unsere Organisation schon immer erklärte, daß es auch in der ausgesprochenen „Goldschmiedstadt“ wirtschaftliche Kämpfe gibt und daß man gerüstet sein muß, wenn man sie bestehen und durchsetzen will. (Siehe Nachtrag.)

### Eine Maßregelung in unserm Verbands.

Die Majorität der Ortsverwaltung Hamburg kündigte dem Verbandsvorsitzenden Zhle, weil er einen Beschluß der Ortsverwaltung nicht zur Ausführung brachte, nachdem ihm der Vorstand unter Hinweis auf den § 38, Abs. 14 unseres Statuts die An-schließung dieses Beschlusses unterlag. Eine am Dienstag den 8. November abgehaltene Mitgliederversammlung hat mit schwacher Majorität diesen Beschluß der Ortsverwaltung als zu Recht erkannt und die Kündigung Zhles ausgesprochen. Der erste Bevollmächtigte der Verbandsverwaltung Hamburg erklärte in diesem Angelegen eine Maßregelung des Kollegen Zhle und forderte dann ebenfalls seinen Rücktritt.

Diese Beschlüsse sind so beachtenswert, daß es im Verbands-interesse notwendig erscheint, sie einer kritischen Betrachtung zu unterziehen. Die Vorgänge, die Veranlassung zu den Differenzen zwischen der Majorität der Ortsverwaltung Hamburg und dem ersten und zweiten Bevollmächtigten waren, sind folgende: Am 22. September begannen in Berlin die Verhandlungen zur Be-

legung der Werftarbeiterbewegung. An diesen Verhandlungen nahmen auch der erste Bevollmächtigte der Verbandsverwaltung Hamburg, Franz, der Verbandsvorsitzende Schilde und der Bezirksleiter Otto Schulz teil. Während der Abwesenheit des ersten Bevollmächtigten beschloß die Ortsverwaltung Hamburg, zu Dienstag den 27. September eine allgemeine Mitgliederversammlung einzuberufen, und zwar nachmittags 4 Uhr, während der Arbeitszeit, und dieser Versammlung vorzuschlagen: Im Falle einer Aus-sperrung von 60 Prozent haben die noch bleibenden 40 Prozent unverzüglich die Arbeit einzustellen; sämtliche Ausgesperrten verzichten für die ersten 14 Tage auf Unterfertigung, sämtliche in Arbeit verbleibenden Kollegen haben einen Tagesbescheid an die Hauptkassa abzuliefern. Der Hauptvorstand wird beauftragt, unverzüglich einen Extrabescheid auszusprechen für das ganze Reich.

Durch diese Maßnahme dachte die Ortsverwaltung Hamburg auf die Verhandlungen in Berlin günstig einzumirken. Zhle hatte erst gegen die Ausführung dieses Beschlusses keine Einwendungen gemacht. Nachträglich ließen ihm Bedenken über die etwaigen Folgen auf, und er glaubte, er lasse sich bei Durchführung dieses Beschlusses einen Verlust gegen die Bestimmungen des § 38, Abs. 14 zuschulden kommen. Der erste Satz dieser Bestimmung lautet: „Bei genehmigten Umständen sind die Anordnungen des Vorstandes strikte durchzuführen.“ Auf Grund dieser Bedenken setzte er sich mit dem ersten Bevollmächtigten Franz in Berlin und dem Kollegen Schilde in Verbindung und er erhielt darauf im Namen des Vorstandes die Anordnung, die Versammlung nicht stattfinden zu lassen. Begründet wurde diese Anordnung damit, daß bei der Werftarbeiterbewegung durch die bereits angeordnete Aussperrung die gesamte Metallarbeiterkraft Deutschlands in Betracht komme. Der Vorstand hatte die oberste Streikleitung in Händen, er betrat den Standpunkt, daß derartige Maßnahmen, wie sie in Hamburg beschlossen wurden, unter Umständen die gesamte Bewegung außerordentlich gefährden könnten. Die Ortsverwaltung Hamburg wollte sich den Anordnungen des Vorstandes nicht fügen, vertrat vielmehr den Standpunkt, sie habe als Ortsverwaltung das Recht, derartige tatsächliche Maßnahmen zu beschließen. Die Ortsverwaltung beschloß sich weiter mit dieser Angelegenheit und beschloß dann, die Versammlung trotzdem abzuhalten und Zhle wegen Nichtbefolgung dieses Beschlusses von seinem Posten zu suspendieren.

Der Vorstand, der zu derselben Zeit durch die angefallenen Vorstandsmitglieder auf einer Beiratsitzung in Berlin vertreten war, beschloß deshalb, den Kollegen Reichel nach Hamburg zu befehlen, um die Ortsverwaltung von der Durchführung der geplanten Demonstrationsversammlung abzuhalten. Reichel reiste noch am selben Tage nach Hamburg. Ihm schloßen sich zur Information der Vorsitzende des Ausschusses, Kollege Wehlig, und der Bezirksleiter, Kollege Gottluffen, an. Es fand eine Sitzung der Ortsverwaltung statt, in der die Majorität der Ortsverwaltungsmitglieder die Auffassung vertrat, daß durch die Abhaltung einer solchen Demonstrationsversammlung die Verhandlungen in Berlin günstig gefördert würden. Die statutarischen Einwände des Vorstandsvertreters wurden nicht beachtet, sondern der Standpunkt vertrat, der Vorstand habe kein Recht, die Ausführung der Beschlüsse der Ortsverwaltung Hamburg zu hindern. Der Vorstandsvertreter wies darauf hin, daß Zhle nur seine Pflicht erfüllte, als er die Anordnungen des Vorstandes befolgte. Wenn die Ortsverwaltung Hamburg glaube, daß die Anordnung des Vorstandes unbeschäftigt sei, könne sie den Beschluß wieder abbrechen, aber Zhle dürfe dafür nicht büßen. Die Ortsverwaltung bestand auf der Entlassung Zhles und auf der Abhaltung der Demonstrationsversammlung. Vom Vorstand wurde dies wiederholt unterlag mit dem Hinweis, daß im Falle des Zuwiderhandelns der Vorstand genötigt wäre, Zhle wieder in sein Amt einzusetzen und gegen die Mitglieder der Ortsverwaltung, die die auf Grund des Statuts erfolgten Anordnungen des Vorstandes nicht befolgten, die betreffenden Bestimmungen des Statuts in Anwendung zu bringen. Da trotzdem nachträglich die Ortsverwaltung den Plan auf Abhaltung einer Demonstrationsversammlung noch nicht aufgegeben hatte, sah der Vorstand, der am 4. Oktober bei einer Beiratsitzung in Hamburg war, sich genötigt, die Ortsverwaltung nochmals zusammen zu berufen, um den Versuch zu machen, den Fall Zhle zu klären. Erreicht wurde durch diese Aussprache nur, daß von der Beendigung dieser Differenzen während der Werftarbeiterbewegung Abstand genommen wurde und Zhle bis auf weiteres in seinem Amte verblieb.

Am 3. November fand nun eine außerordentliche Mitgliederversammlung in Hamburg statt, bei der die Ortsverwaltung mit Ausnahme des ersten und zweiten Bevollmächtigten folgenden Antrag unterbreitete:

„Dem zweiten Bevollmächtigten Zhle zum 1. Januar zu kündigen, weil die Ortsverwaltung das Vertrauen zu ihm verloren hat.“

Nach einer längeren Diskussion wurde dort mit 721 gegen 597 Stimmen beschlossen, Zhle nicht zu kündigen. Gegen diesen Beschluß sollte Protest eingelegt werden, weil eine gleichmäßige Stimmzettel zur Abstimmung benützt wurden. Ehe dieser Protest noch eingereicht wurde, einigte man sich dahin, nochmals eine Versammlung abzuhalten, in der die nochmalige Abstimmung über Kündigung oder Nichtkündigung des Kollegen Zhle erfolgen sollte. Diese Versammlung beschloß aber, nicht erst in eine eingehende Würdigung des Sachverhalts einzutreten, sondern nur einem Redner für und einem gegen die Kündigung Zhles das Wort zu erteilen. Für die Kündigung sprach Dittmann, und gegen dieselbe der erste Bevollmächtigte, Kollege Franz. Auf Grund eines Geschäftsordnungsantrags wurde beschlossen, dem anwesenden Vorstandsvorsteher Majasch erst nach der erfolgten Abstimmung das Wort zu erteilen. Die Abstimmung ergab folgendes Resultat: Abgegeben wurden 1587 Stimmen, davon 833 für und 722 gegen die Kündigung Zhles. 32 Stimmzettel waren ungültig. Es war dadurch die Kündigung Zhles beschlossen und darauf erklärte der erste Bevollmächtigte Franz, daß er sich mit Zhle solidarisch erkläre, da die Kündigung Zhles eine Maßregelung darstelle, eine Maßregelung, die um so unbeschäftigter sei, als Zhle nur die Anordnungen des Vorstandes befolgt habe. Vom Vorstandsvertreter wurde darauf hingewiesen, daß man die Handlung der Ortsverwaltung Hamburg im Lande nicht verstehen werde, da die Ortsverwaltung Hamburg kein Recht hatte, solche Maßnahmen zu treffen und der Vorstand verpflichtet war, die Abhaltung der Demonstrationsversammlung zu unterlagen. Durch diese Versammlung konnte eine mißverständliche Verschärfung des Kampfes erfolgen. Es konnte der Fall eintreten, daß einige Mitglieder, die zu dem Versammlungsbesuch Feierabend machten, nicht mehr in den Betrieb kamen, was wahrscheinlich zur Folge gehabt hätte, daß andere Mitglieder sich mit diesem solidarisch erklärten, so daß zu derselben Zeit, wo Einigungsverhandlungen im Gange waren, eine Verschärfung des Streiks eingetreten wäre. Um so weniger sei es zu verstehen, daß Zhle deswegen von seinem Posten entbunden wurde, weil selbst von seinen Widersachern wiederholt und sogar in der letzten Versammlung die Erklärung abgegeben wurde: daß man die Arbeitskraft und die Fähigkeiten des Kollegen Zhle zu jeder Zeit zu schätzen wußte, er müsse aber seines Postens deshalb entsetzt werden, weil er die Anordnungen des Vorstandes befolgt habe, die im Gegensatz zu dem Beschluß der Ortsverwaltung standen.

Die Mehrheit der Ortsverwaltung Hamburg zeigte durch ihr Verhalten, daß sie die Verbandsangehörigen zur Ausführung aller Beschlüsse der Ortsverwaltung zwingen will, auch wenn diese Beschlüsse von den Angefallenen und vom Vorstand für verhandelschädlich betrachtet werden und außerdem statutenwidrig sind. Bezeichnend für den Geist, der einzelne Versammlungsredner befehle, ist es, daß auch der Ausspruch des Parteigenossen Rebel auf dem Magdeburger Parteitag: „Demokratisches Mißtrauen gegen alle Führer!“ erhalten mußte, um die Amtsenthebung Zhles zu begründen. Es zeigt sich hier wieder, wie derartige Ausführungen wirken und wie dieselben dann gegenüber der Angefallenen der Organisation benützt werden, die in ihrer Stellung des Vertrauens der Mitglieder bedürfen, um ihren schwierigen Posten ausfüllen zu können.



Welche Früchte solche Ausführungen wie die des Genossen Bebel zeitigen, zeigen uns die Flugblätter, die von den Anarchos bei den verschiedensten Gelegenheiten zur Verbreitung gelangten. Bei den Wertarbeitervereinigungen, die sich mit den gemachten Zugeständnissen der Wertbesitzer beschäftigten, wurden solche Flugblätter verteilt, die die Wertarbeiter zum Mißtrauen auffachen sollten. In Hamburg, Bremen u. a. m. wurde dies versucht. In dem in Hamburg verbreiteten Flugblatt des sogenannten „Freien (anarchistischen) Verbandes der Metallarbeiter Deutschlands“, der „Offiziere“ ohne Soldaten, wurde zur Fortführung des Kampfes aufgefordert, am Schluß heißt es:

„Deshalb, Arbeiter, festhalten an den Forderungen, laßt euch nicht überdöseln oder beeinflussen. Bei der Abstimmung gebt der Worte Bebel's auf dem Parteitag zu Magdeburg: Demokratisches Mißtrauen gegen alle Führer!“

Damit ist der Nachweis erbracht, wie solche unüberlegte Äußerungen hervorragender Genossen benutzt werden, um das Mißtrauen gegen verantwortliche Führer — und als solche werden in erster Linie die Angestellten in der Arbeiterbewegung betrachtet — systematisch aufzufächeln. Die Folge wird nur sein, daß die Ausführung solcher doch nur einmal notwendiger Posten immer schwieriger wird, denn ohne das so notwendige Vertrauen wird dies zur Unmöglichkeit. Es ist also die Gefahr vorhanden, daß mancher Kollege, der die Fähigkeiten zur Führung der Geschäfte in der Arbeiterbewegung hat, es sich überlegen wird, eine solche Stelle anzunehmen. Die weitere Folge wird sein, daß minderfähige angestellt werden müssen. Aber mit dem bloßen Wollen können die Geschäfte nicht erledigt werden.

Denen aber, die jetzt mit dem Bebel'schen Ausspruch auf dem Magdeburger Parteitag krebzen gehen, sei ein anderer Ausspruch von ihm ins Stammbuch geschrieben. Am 20. April 1907 sagte Bebel in einer großen Vertrauensmännerversammlung des Maurerverbandes in Berlin:

„Die Führer sollen nicht etwa slavisch den Wünschen der Masse folgen, sondern sie sollen nicht allein die speziellen Zustände in dem betreffenden Gewerbe, sondern auch die allgemeinen Verhältnisse studieren und prüfen und danach entscheiden, ob gewisse Schritte getan werden können. . . . Der Führer, der nicht den Mut hat, auch einmal gegen den Willen der Masse seine eigene Überzeugung zu vertreten, weil er sie für die Sache dienlich hält, der ist in meinen Augen ein elender Kerl, der nicht verdient, Führer zu sein. Ich verlange, daß die an die führende Stelle Bestellten weiter sehen, als die meisten sehen können, die von früh bis spät zu arbeiten haben in der Sorge um das tägliche Brot.“

R. Massatich.

### Das Genossenschaftswesen.

Es liegt an den Raumverhältnissen der Metallarbeiter-Zeitung, wenn erst jetzt über die Lage des Internationalen Genossenschaftsbundes in Hamburg berichtet werden kann. Für genossenschaftliche Interessenten ist es indes nicht zu spät. Wie auch die Frage der Errichtung von Konsumvereinen in einzelnen Konsumvereinen, die ein direktes Gewerkschaftsinteresse berührt, an ihrer Bedeutung nichts einbüßt, wenn sie, obwohl schon lange vorgenommen, erst in einem der nächsten Artikel behandelt werden kann. Dazu steht noch in Aussicht eine eingehendere Behandlung des Baugenossenschaftswesens, das neben den Konsumvereinen die größte Bedeutung für die Arbeiterklasse besitzt und dieser ein weiteres großes genossenschaftliches Tätigkeitsgebiet eröffnet.

Daß das Genossenschaftswesen überhaupt nicht stoffarm ist, beweist eben der 8. internationale Genossenschaftskongreß, der vom 5. bis 7. September in Hamburg stattfand, schon durch seine Zusammenfassung 500 Delegierte „aus aller Herren Länder“ (Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Indien, Italien, Japan, Niederlande, Norwegen, Österreich-Ungarn, Rumänien, Rußland, Finnland, Schweden, Schweiz, Großbritannien) hatten sich zusammengefunden, um für ein gemeinsames Ziel, „die materielle und geistige Hebung der Massen des Volkes, ungeachtet ihres Glaubens und ihrer Farbe“, nicht nur zu demonstrieren, sondern auch die Grundzüge des Handelns in dieser Richtung festzulegen. Aber auch die organisatorische Grundlage dieses Kongresses, der im Jahre 1895 gegründete Internationale Genossenschaftsbund mit 900 Mitgliedern (das heißt genossenschaftlichen Korporationen, die zusammen 4 1/2 Millionen Genossenschaftler aller Sprachen umfassen), ist ein Beweis dafür, daß man es mit einer wirtschaftlich und geistig bedeutsamen Vielsichtigkeit im Genossenschaftswesen zu tun hat. Was speziell die materielle — wirtschaftliche und organisatorische — Seite der Sache anlangt, so ist darauf zu verweisen, daß es nach einer dem einem französischen Genossenschaftskongreß schon im Jahre 1905 aufgestellten genauen Berechnung in den Kulturländern der Welt über 100 000 Genossenschaften aller Art mit rund 20 Millionen Mitgliedern gibt. Und auf dem Hamburger Kongreß selbst wurde festgestellt, daß in Europa allein 20 000 Konsumvereine mit 7 Millionen Mitgliedern vorhanden sind, die über einen Jahresumsatz (1909) von 3 Milliarden Mark in ihren eigenen Geschäften verfügen. Zweifellos ist also der Internationale Genossenschaftsbund organisatorisch heute schon die stärkste Wirtschaftsmacht der Welt und seine Ausdehnungsfähigkeit nahezu unbegrenzt. Man stelle sich die mit 7 Millionen Mitgliedern organisierte Kaufkraft einer Konsumentenmasse vor, die planmäßig nach einer Richtung ihre Kräfte konzentriert, um an die Stelle kapitalistischer Monopolwirtschaft Einrichtungen des gemeinwirtschaftlichen Verbrauchs und der Produktion zu setzen, und man hat ein Beispiel von der immensen Bedeutung dieser internationalen Genossenschaftsorganisation. Der Bund stellt denn auch Grundzüge auf, denen diese Tendenz innewohnt und die den gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ebenso interessieren müssen, wie den Genossenschaftler. Zwar umfassen die formulierten Thesen das ganze weite Gebiet des genossenschaftlichen Tätigkeitsbereiches, aber es genügt für den Gewerkschaftler, das Nächstliegende kennen zu lernen. So beschloß der Kongreß unter anderem:

1. Das in allen Kulturländern von Jahr zu Jahr immer zu größerer Bedeutung gelangende Genossenschaftswesen ist eine soziale Bewegung, die durch Bildung wirtschaftlicher, auf dem Grundsatz der Selbsthilfe ihrer Mitglieder ruhender Vereinigungen die Wahrnehmung der Interessen der Arbeit in der Volkswirtschaft bewirkt. Demgemäß wehrt auch allen wahren Genossenschaften die Tendenz inne, die Verteilung des Volkseinkommens zugunsten der arbeitenden Klassen zu beeinflussen, das heißt das aus der Arbeit fließende Einkommen respektive seine Kaufkraft zu vermehren, das arbeitslose, selbst aus dem Beschäftigten durch Produktions- und Austauschmitteln fließende Einkommen (Unternehmergewinn, Zins und Rente) dagegen zu vermindern.

Die These 2 stipuliert die Gleichberechtigung aller Genossenschaften, setzt aber ihre unterschiedliche Bedeutung fest, die dann in der These 3 für die Kredit-, Bezugs-, Arbeits- und Verwertungs-genossenschaften umschrieben ist. Von engerer Bedeutung für die Gewerkschaften sind die folgenden Thesen:

4. Die von unabhängig erwerbenden Arbeitern gebildeten Produktiv- und Arbeitsgenossenschaften bezwecken, erstere zur Verbesserung ihrer sozialen Lage in den Stand zu setzen, die Ausführung von Arbeiten und Dienstleistungen und die Herstellung von Gütern als selbständige Unternehmer zu betreiben. Sie trachten diesen Zweck zu erreichen, indem sie den Lohn des Arbeiters durch den Gewinn des Unternehmers vergrößern. Die mit diesen Produktivgenossenschaften allerorten gemachten Erfahrungen lassen es jedoch wünschenswert erscheinen, daß an ihre Gründung

nur mit größter Vor- und Umsicht heranzutreten wird. Sie scheitern in der Mehrzahl der Fälle ebenso oft an der Schwierigkeit, ausreichende Kapitalien aufzubringen und sich einen glatten Absatz ihrer Produkte zu sichern, wie an dem Mangel einer stabilen Geschäftsleitung. Nur im besonders günstige Verhältnisse vorliegen und insbesondere der Absatz gesichert ist, erscheint deshalb die Gründung von Produktivgenossenschaften ausfahrtsreich.

5. Die Konsumgenossenschaften, die außer den eigentlichen Konsumvereinen auch die Wohn- und Baugenossenschaften umfassen, haben in den kapitalistisch entwickelten Ländern von allen Genossenschaftsarten die größte Bedeutung für die Wahrnehmung der Interessen der Arbeiter in der Volkswirtschaft, und zwar sowohl wegen des unmittelbaren großen praktischen Nutzens, den sie für die Mitglieder im Gefolge haben, als insbesondere auch wegen der ihnen zugrunde liegenden Wirtschaftsprinzipien, durch deren allgemeine Ausbreitung und Anwendung die Umbildung des kapitalistischen Wirtschaftssystems befördert wird.

Die Konsumvereine bezwecken, ihre Mitglieder bei dem Einkauf und der Beschaffung von Gütern aller Art vor jeglicher Ueberborteilung dadurch zu schützen:

- a) daß sie ihnen die Güter in guten, realen Qualitäten liefern,
- b) daß sie den Profit des Unternehmers, der die Güter zum Verkauf bringt, nach Möglichkeit eliminieren.

Die Voraussetzung für die Erreichung dieser Zwecke ist, daß eine möglichst große Anzahl von Konsumenten ihren Bedarf in möglichst weitem Umfang von der Konsumgenossenschaft bezieht. In dem Maße als die Konsumenten sich zu Konsumgenossenschaften zusammenschließen, wird eine Organisation der Kaufkraft des Arbeitseinkommens geschaffen, die die arbeitenden Klassen in den Stand setzt, in weitem Umfang auch ihre Arbeit selbst genossenschaftlich zu organisieren und sich in eigenen Produktionsbetrieben zu beschäftigen. Die durch die Konsumgenossenschaften herbeigeführte Organisation der Kaufkraft kann erfahrungsgemäß nur dann mit dauerndem Erfolg durchgeführt werden, wenn an den Grundzügen der demokratischen Selbstverwaltung, der Abschaffung der unbeschränkten Mittelberzahl, der Anlehnung der Bezugspreise an die ortsüblichen Tagespreise und der Rückvergütung des infolge dieser Praxis entfallenden Ueberflusses nach Maßgabe des Bezuges selbstgehalten wird. Im weiteren ist ihnen zu empfehlen, auf die Ansammlung eines unbegrenzt anwachsenden und unteilbaren Genossenschaftsvermögens Bedacht zu nehmen und den Mitgliedern Gelegenheit zu geben, ihre Ersparnisse in der Genossenschaft anzulegen. Außerdem hat der Konsumverein die Mitglieder mit seinen Grundzügen vertraut zu machen und sie zu genossenschaftlicher Treue zu erziehen. Jede Konsumgenossenschaft hat ihr Wirkungsgebiet zu begrenzen und dasjenige anderer Konsumvereine zu respektieren. Eine Konkurrenz zwischen Konsumvereinen widerspricht ihrem Wesen als Organisationen, die nicht Erwerbsszwecke bezwecken, sondern wirtschaftliche Funktionen für einen bestimmten, territorial begrenzten Kreis von Konsumenten erfüllen sollen.

6. Die von den Konsumgenossenschaften gebildeten Verbände zum Großverkauf und zur Produktion von Massenartikeln, die Großverkaufsgesellschaften, sind nicht nur geeignet, die Wirksamkeit und Ausbreitung des Konsumvereinswesens in nachhaltiger Weise zu unterstützen, sondern auch die Konsumgenossenschaftlichen Grundzüge auf dem Gebiet der Volks- und Weltwirtschaft erfolgreich zur Anwendung zu bringen. Sie sind imstande, auf einer großen Anzahl von Produktionsgebieten die Arbeit genossenschaftlich zu organisieren und produktive Musterbetriebe ins Leben zu rufen.

Die teils neben den Großverkaufsgesellschaften existierenden, teils in organisierter Verbindung mit ihnen wirkenden Konsumgenossenschaftsverbände dienen zur Wahrnehmung und Vertretung der Rechte der Konsumvereine, zur Abwehr aller gegnerischen Angriffe, zum Ausbau und zur Vervollständigung der genossenschaftlichen Arbeitsmethoden und zur Pflege und Organisation des genossenschaftlichen Erziehungs- und Bildungswesens.

7. Durch die Entwicklung ihrer kommerziellen und produktiven Betriebe gelangen die Genossenschaften aller Art dazu, in wachsendem Umfang Arbeitskräfte zu beschäftigen. Es ist ihre Pflicht, den Angestellten und Arbeitern, die in ihren Diensten stehen, vorbildliche Wohn- und Arbeitsbedingungen zu gewähren sowie deren Koalitionsrecht rückhaltlos anzuerkennen. Insbesondere ist ihnen der Abschluß von besonderen Tarifverträgen mit den Gewerkschaften zu empfehlen, soweit nicht allgemeine Tarife zwischen diesen Gewerkschaften und den Unternehmern vorliegen. Wo solche allgemeinen Tarife vorhanden sind, sind sie von den Genossenschaften anzuerkennen und die Durchführung derselben zu unterstützen.

Die Genossenschaften erwarten andererseits, daß die von ihnen geschaffenen vorbildlichen Wohn- und Arbeitsverhältnisse durch eine gleichwertige Arbeitsleistung und muster-gültige Pflichterfüllung gerechtfertigt werden.

Die Genossenschaftsverbände und einzelnen Genossenschaften haben sich zur Fortbildung der genossenschaftlichen Theorie und Praxis dem Internationalen Genossenschaftsbund anzuschließen. Mit dem Zusammenschluß der Genossenschaftsbewegung der ganzen Welt zu einer großen internationalen Organisation schafft sie sich in allen ihren Verzweigungen einen unüberwundenen Mittelpunkt, wodurch die Gemeinshaftlichkeit ihrer Interessen zum Ausdruck gebracht und wodurch ferner auf die genossenschaftliche Entwicklung selbst anregend und befruchtend eingewirkt wird. Die Vereinigung aller Genossenschaften zu einem internationalen Genossenschaftsbund bildet auch ein wertvolles Gegengewicht gegen die vielen Differenzen unter den verschiedenen Völkern. Sie führt zu einer allgemeinen Verständigung der Völker auf Grundlage der Gleichberechtigung und Solidarität und dient insofern auch dem hohen und schönen Ziele, die Kultur-menschheit für einen allgemeinen Weltfrieden reif zu machen.

Einer Erläuterung bedürfen diese Thesen für wirtschaftlich und politisch denkende Arbeiter weder im allgemeinen noch im einzelnen. Sie stellen auf gemeinwirtschaftlicher, also sozialistischer Grundlage die größte ökonomische und damit kulturelle Entwicklungsmöglichkeit des Volkes und vor allem der Arbeiter fest, so daß eine Frage, wie sich die letzteren zu den Thesen stellen, gar nicht entstehen kann. Vermöge der gewerkschaftlichen und politischen Schulung, die heute schon einem sehr großen Teile — leider noch lange nicht dem größten Teile — der Arbeiterklasse eigen ist, kann er die richtigen Konsequenzen selbst ziehen. Zu berichten ist nur noch, daß bei der Beantwortung dieser Thesen durch Dr. Hans Müller (Jülich), den Sekretär des Internationalen Genossenschaftsbundes, auch die Neutralitätsfrage aufgerollt wurde. Der Referent stellte sich auf den Standpunkt, daß die Konsumvereine noch häufiger als sonst benötigt sein würden, durch politische Aktionen ihren Platz an der Sonne zu behaupten: „Der um die Konsumvereine entbrannte Kampf wird von ihren Gegnern auf das Gebiet der Politik hinübergezogen und uns bleibt deshalb nichts anderes übrig, als ihnen dorthin zu folgen. Grundzüge politische Abstinenz kann es deshalb für uns nicht geben.“

Die Neutralitätsfrage bedeutet also für die Konsumvereine nicht etwa politische Gunst, aber ebensowenig ein Aufgeben der Grundzüge und Selbständigkeit des Konsumvereinswesens. Dr. Müller und mit ihm der Kongreß stellte sich auf den Standpunkt, daß die Genossenschaften in einer ihre Interessen berührenden Angelegenheit jederzeit mit einer Partei gemeinsame Sache machen können, ohne deshalb das Neutralitätsprinzip zu verletzen, denn dieses involviert nur, daß die Genossenschaften keine Klassenorga-

nisationen und keine Parteistrukturen sein können. „Es sollen die Geschäfte der Genossenschaften nicht nach Parteirücksichten geführt, die Ämter nicht nach Parteibedürfnissen besetzt, die Ueberflüsse nicht ganz oder teilweise an Parteikassen abgeführt werden. Der Grundsatz der Neutralität besagt, daß innerhalb der Genossenschaften allein die Genossenschaftler nach genossenschaftlichen Grundzügen und Rücksichten ihre Entscheidungen treffen und keinem von außen kommenden Diktat irgendeiner Parteiinstanz unterstellt sein sollen. Die Genossenschaftspolitik ist Sache der Genossenschaftler und ihr unüberwindliches Ziel besteht in der Aufrechterhaltung der Einheit, Selbständigkeit und Entwicklungsfreiheit der Bewegung.“

Dies ist so klar, daß es ebenfalls keiner weiteren Erläuterung bedarf. Und nicht nur klar, sondern auch für jeden über die Grenzen der Parteipolitik hinausdenkenden Genossenschaftler, der in der Spitze sozialistischer Willens die Aufhebung der Klassengegensätze durch marxistisch erblüht, vollkommen akzeptabel. Dem Genossen Fleißner (Tresden), dem späteren Referenten über die Genossenschaftsfrage auf dem Magdeburger Parteitag, und ebenso dem Genossen Reus schien das zwar gar nicht einzuleuchten. Sie wollten partout Wort haben, daß die Konsumvereine Klassen-genossenschaften der Arbeiter seien und wollten in diesem Sinne mehr oder weniger die Neutralitätsfrage behandelt wissen, wobei sie aber anzugeben unterließen, in welcher Form dies dem deutschen Genossenschaftsgesetz und der bisherigen Entwicklung und dem Wesen der deutschen Konsumvereine gegenüber möglich wäre, ohne mit einem Schlag eine heillose Zersplitterung in die Verbandsorganisationen der deutschen Konsumvereine hineinzutragen und eine dementsprechende organisatorische und wirtschaftliche Schädigung der Einzelvereine herbeizuführen. Und damit auch ihrer Anziehungskraft auf die Massen selbst. Die materialistische Geschichtsauffassung würde in solchem Falle deutlicher als irgendwie demonstrieren, daß sie zu Recht besteht. Den beiden Genossen, von denen der eine radikal, der andere revisionistischer Observanz ist — was den Humor bei der Sache bildet —, trat unter anderem der Russe Dr. Lotomiaz entgegen, der ihnen bewies, daß das Wesen der Konsumvereine nicht nach der sozialen Schichtung der Mitglieder beurteilt werden kann. Denn, und mit dieser Tatsache warf er die Fleißner'schen und Reus'schen Argumente glatt übereinander, in Rußland und Ungarn bilden Kleinbauern die Mitglieder der Konsumvereine, in Italien neben Arbeitern die Handwerker, in der Schweiz Beamte, Handwerker und Arbeiter etc. Dazu hätte noch gesagt werden können, daß besonders auch in Süddeutschland die Mitgliedschaft der Konsumvereine sich nicht auf die Arbeiter beschränkt, sondern daß Beamte, Handwerker und Landwirte in starken Prozentzahlen daran beteiligt sind, und zwar in so starkem, daß bei einer Anwendung der Fleißner'schen Theorie, wie er sie auch auf dem Magdeburger Parteitag propagierte, für nicht wenige Vereine entweder die Gefahr der Auflösung entstände, oder aber ihre Abspaltung vom Verbandswesen der deutschen Konsumvereine im Interesse der Aufrechterhaltung ihrer Existenz liegen würde. Die Rückwirkung auf die Entwicklung des deutschen Konsumvereinswesens im allgemeinen dürfte dabei auch nicht unterschätzt werden.

Sobin sind sicherlich die Thesen und ihre Begründung im Interesse auch der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterklasse gelegen und die dadurch nach wie vor bedingte Neutralität, die also nicht schlechthin politische Abstinenz bedeutet, wird den wirtschaftlichen Emanzipationsbestrebungen der deutschen Arbeiterklasse nur zum Vorteil sein und die politischen in keiner Weise hindern.

Neben der Erörterung des Grundfragen und der Taktik des internationalen Genossenschaftswesens war noch die Schaffung einer neuen Satzung des Internationalen Genossenschaftsbundes vorzunehmen, was deswegen von Bedeutung ist, als die Satzung, die der eben stizierten neutralen Tendenz den vereinsgesetzlichen Rahmen gab, en bloc angenommen wurde. Da der Bund außer den Konsumvereinen noch eine Reihe anderer Genossenschaftsarten umschließt, gab's auch noch Referate über das landwirtschaftliche, das Kredit-, das Baugenossenschaftswesen etc., worauf indes hier nicht näher eingegangen werden kann.

Zum Schluß ist noch eine kleine Neuheit zu registrieren, die an sich von keinerlei Bedeutung ist, aber auf die Kulturverhältnisse der „Bürgerrepublik“ Hamburg sowie Preußen-Deutschlands doch ein bezeichnendes Licht wirft. Die englische, dänische, holländische und rumänische Regierung waren auf dem Kongreß offiziell vertreten, dagegen hatten die Hamburgische Hanse- und die Reichsregierung es nicht für nötig befunden, dem Kongreß eines Bundes von 4 1/2 Millionen Mitgliedern aller Kulturstaaten gastfreundtschaftlichen Willkomm zu bieten und dessen guten Willen für die materielle und geistige Wohlfahrt der auf ihm vertretenen Völker anzuerkennen. Wodurch der Internationale Genossenschaftsbund und seine Bedeutung natürlich nicht kleiner, Preußen-Deutschland aber auch nicht angesehen in der Welt wird.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

### Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 20. November der 18. Wochenbeitrag für die Zeit vom 20. bis 26. November 1910 fällig ist.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatuts gestattet:  
 Der Verwaltungsstelle Baden: Baden 5 g pro Woche v. 1. Nov. an;  
 = = = = = Dessau 10 g pro Woche statt seither 5 g für die erwachsenen männlichen Mitglieder;  
 = = = = = Offen 10 g pro Woche statt seither 5 g;  
 = = = = = Krefeld 5 g pro Woche statt seither 10 g pro Monat;  
 = = = = = Waiblingen 10 g pro Woche statt seither 5 g.  
 Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Ausgeschlossen wird nach § 22 Abs. 1a des Statuts:  
 Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Karlsruhe:  
 Der Maschinenformer Georg Vadsching, geb. am 22. April 1870 zu Solgrin, Lit. A. Buch-Nr. 633950, wegen unkollegialen Verhaltens und Denunziation.

Für nicht wieder aufnahmefähig werden erklärt:  
 Auf Antrag der Bezirksleitung im 5. Bezirk:  
 Der Schlosser Rudolf Kühnel, geb. am 9. September 1876 zu Berlin, Buch-Nr. 659489, wegen unkollegialen Verhaltens.  
 Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Offen:  
 Der Dreher Gustav Heß, geb. am 21. Februar 1891 zu Offen, Lit. A. Buch-Nr. 563192, wegen Denunziation.  
 Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Widdau:  
 Der Klempner Hermann Otto, geb. am 10. Januar 1856 zu Kirchberg, Buch-Nr. 921971, wegen Streifbruch.







bessern. Da die Versammelten wissen, daß die Leitung dieses gelben Werkereis in den Händen der gelben Sparvereinsmitglieder ist, sprechen sie den Gründern dieses Vereins ihr Mißtrauen aus und verpflichten sich, unter keinen Umständen Mitglied desselben zu werden, da sie es mit ihrer Arbeiterehre nicht vereinbaren können. Die Versammelten verpflichten sich aber, als Protest gegen die Gründung des gelben Werkereis dafür zu sorgen, daß auch der letzte Kollege und die letzte Kollegin Mitglied der freien Gewerkschaft, und zwar des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, werden, um dann mit dessen Hilfe bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen bei der Firma Ludwig Löwe zu erkämpfen. Der Vorsitzende betonte am Schluß, daß wenn jeder Kollege im Sinne dieser Resolution seine Schuldigkeit tue, diese gelbe Sumpfpflanze in kurzer Zeit verfaulen und die Firma zu der Ueberzeugung kommen wird, daß alle diese Mittel nicht imstande sind, das Vorwärtsmarschieren der Arbeiterklasse aufhalten zu können.

**Chemie.** In einer Betriebsversammlung im Schützenhaus behandelte am 5. November Kollege Krause die Zustände in der Maschinenfabrik von Oskar Schimmel & Co., A.-G. Dort wurden die Akkordpreise fortgesetzt reduziert und häufig sehen sie die Meister erst fest, wenn die Arbeit fertig ist. Auch gibt es Artikel, für die die Preise verschieden sind, den Liebedienern werden aber die höheren Preise bezahlt. Im Maschinenbau mangelt es immer an Hilfsarbeitern, weil diesen Leuten zu wenig gezahlt wird, so daß sie es vorziehen, anderweitig unterzukommen. Die Betriebsleitung war auch auf die Idee gekommen, jedem Maschinenarbeiter am Lohnstag 10 S. im Abzug zu bringen für das Fortschaffen der Späne, wovon man aber wieder abgenommen ist. Den Arbeitern wurde am nächsten Lohnstag das Geld wieder ausbezahlt. Die Unfallgefahr wird dadurch erhöht, daß die Gänge zwischen den Maschinen mit Arbeitsstücken verstopft sind. An den Dampfmaschinen ist, mit Ausnahme von einer, kein Wärter, auch funktioniert die Ausrückvorrichtung nicht. Im Mittelbau werden durch die Transmissionen derartig viel Maschinen angetrieben, daß beschränkt wird, es könne diese eines Tages heruntergerissen werden. Ueber mangelhafte Beleuchtung wird in der Kernmacherei geklagt, auch mangelt es dort an Ventilation. Dunst und Rauch ziehen aus der Werkzeugstube in die Arbeitsräume, besonders in die Werkzeugstube. Direktor R o n sagte selbst einmal: „Hier kann doch kein Mensch arbeiten.“ Abhilfe ist jedoch nicht geschaffen worden. In der Tischlerei wird über starke Staubentwicklung geklagt, weil keine Abzugsvorrichtung an den Maschinen ist. Die Eisengießerei ist von der Metallgießerei nicht genügend abgeschlossen, so daß die oft giftigen Gase aus der letzteren in die Eisengießerei dringen. Die Ventilation ist vollständig ungenügend, auch in der Kernmacherei und Puherei. Der Ventilator in der Kernmacherei geht schon seit mehreren Wochen nicht und der in der Gelbgießerei treibt die schlechte Luft in den Arbeitsraum hinein, statt hinaus. Vor der Gießerei liegt der Schmutz so hoch, daß bei Regenwetter die Passanten bis an die Knöchel versinken. Die Puhler müssen große Stücke im Freien putzen. Der Tischlermeister hat schon vor mehreren Monaten Maß genommen zu einem Schuppen, der für diesen Zweck gebaut werden soll, bis jetzt ist aber ein Anfang nicht gemacht worden. An Hebezeug fehlt es in der Puherei, eventuell müssen sich die Puhler einen Flaschenzug in der Maschinenfabrik borgen. Die Wascheinrichtung ist auch mangelhaft. Für die Gießerei besteht ein Bad, das auch sauber gehalten ist, aber die Waschspecken sind sehr schmutzig und es müssen für die Gießerei mindestens noch zwei bis drei beschafft werden. Im Maschinenbau sind 1 bis 3 Waschbetten in einem Saal, die sich aber gewöhnlich in einem solchen Zustand befinden, daß sie von den Arbeitern als Dreckschalen bezeichnet werden. Eine Garderobe existiert nur in der Gießerei, es sind dort keine Schränke, in die der Arbeiter nur seine Stiefel und den Stropf hineinstellen kann. Im Maschinenbau und in der Tischlerei gibt es keine Garderobe. Als im Jahre 1909 einigen Arbeitern Kleider und einem eine Wasserwaage verbrannt, erklärten sie nach mehrmaliger Meldung 6 A. Entschädigung. Der Betriebsdirektor W r i c h t sagte den Leuten kurz: „Ihr kriegt eure Lumpen schon erloscht, jedoch waren die 6 A. die den Leuten gezahlt worden sind, nicht hinreichend, den erlittenen Schäden zu decken. Die Abortanlage hat im Fußboden große Löcher, auch wird sie nicht geschwemmt, sondern nur geleert. Im Pflaster läuft das Wasser nicht ab. Die Behandlung läßt durch einige Beamte zu wünschen übrig. Der Drehermeister W a l e n t a nennt die Arbeiter „Kindvieh“ und „hummles Ruder“, auch fast er sie an den Ohren. Der Tischlermeister B ü t t n e r ist bei seinen Redensarten auch nicht maßlos. Der Expedient E l a u s spielt sich auch groß auf, er sagte, die Ausschußmitglieder seien Mißwäscher, andere Arbeiter nennt er faule Hunde und „Spitzhüben“. Wenn die Lehrlinge seiner Ansicht nach zu zeitig Frühstück holen, sucht er es ihnen zu verbieten. Stimmt die Lohnzahlung nicht, so sagt er zu den Leuten ironisch: „Na, da kommt doch herauf und seht die Bücher nach!“ Zur Materialausgabe müssen die Arbeiter sich eine Umwechslung geben lassen, selbst für Kreide, Öl und Schmirgelmehl. Jetzt sollen nun wieder Ueberstunden gemacht werden. Die Arbeiter forderten dafür einen Zuschlag von 25 Prozent. Früher sollte 15 Prozent Zuschlag bezahlt werden, jetzt nur noch 10 Prozent. Wohl ist gesagt worden, wer keine Ueberstunden machen wolle, könne rechtzeitig nach Hause gehen, Entlassungen kämen deswegen nicht vor, jedoch werden die Meister mit Hilfe der Liebediener das weitere dann schon besorgen. Bisher ist es üblich gewesen, daß am Fahrmarktsmontag nicht gearbeitet wurde; für dieses Jahr ist den Arbeitern ausdiesig ein Tag zuvor die Mitteilung gemacht worden, daß gearbeitet werden müsse. Als der Ausschuß sagte, die Arbeiter könnten diesen Feiertag beibehalten, wurde ihnen die Antwort: „Ach was, es wird eben gearbeitet, Sie brauchen gar nicht wieder zu kommen.“ — In der Diskussion suchte ein Ausschußmitglied (Kühnede) es so hinzustellen, als ob die Direktion vieles beßergestellt und Verprechen gegeben habe, alles abzuändern, was der Ausschuß der Direktion melde. Viel Anklage fand er aber damit nicht, denn einige Kollegen ergänzten noch die Ausführungen des Referenten. Von den anwesenden Beamten, darunter der Betriebsleiter, nahm keiner das Wort.

**Göppingen.** Die Arbeiter der Firma G u s t a b K u n z e (Köhrenwerk) sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Bereits im Jahre 1907 ist dort durch den Deutschen Metallarbeiter-Verband eine Lohnbewegung eingeleitet worden. Das Resultat war die Verkürzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden und eine Lohnserhöhung um 2 bis 3 S. Leider haben danach die Arbeiter wegen Vereinsmeiererei und Eintritt in zweifelhafte Krankenkassen unserer Organisation den Rücken gekehrt. Statt sie auszubauen und sich für kommende Kämpfe zu rüsten. Die neueren Bewegungen in der Metallindustrie haben das Interesse der Arbeiter wieder auf die Organisation gelenkt, es ist die Mehrzahl wieder beigetreten. Aber noch glauben verschiedene Arbeiter, besser zu fahren, wenn sie wechselläufig bleiben. Diese vergessen ganz, daß sie nur durch das Vorgehen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes an anderen Orten einen annehmbaren Verdienst erzielen, sie hätten somit alle Ursache, sich ebenfalls der Organisation anzuschließen. — Durch den Deutschen Metallarbeiter-Verband richteten die Arbeiter am 22. Oktober folgende Forderungen ein: Erhöhung der Stundenlöhne um 5 S. für Arbeiter, die unter 40 S. Lohn haben, um 4 S. für die Arbeiter über 40 S. Für die Heizungsmeister und Helfer Anerkennung des Stuttgarter Tarifs. Garantie des Stundenlohnes bei Akkordarbeit. Erhöhung zu nieder angelegter Akkorde. Wöchentliche Lohnzahlung. Einhaltung und Durchführung der Arbeitszeitbestimmungen. — Bei voller Anerkennung dieser Forderungen wären die Lohnverhältnisse wenigstens halbwegs denen der Konkurrenzfirmen angepaßt worden. Mehr wollten die Arbeiter gar nicht. Die aus kleinen Anfängen hervorgegangene jetzt schwärzliche Firma lebte ein Unterbandeln mit dem Verband überhaupt ab, da sie nur mit ihren Arbeitern unterhandeln wollte. Was schließlich selbst die Hamburger Werkstätten und der Gesamtverband Deutscher Metallarbeiter für zweckmäßig hielten, verhängte die gut patriotisch gekannte „alldoische“ Firma. Ihr Patriotismus reicht, wie bei

vielen anderen, nur bis an ihren Geldbeutel, wenn der heilige Profit gefährdet erscheint, kennt man keine Rücksicht auf die den Reichthum erzeugenden Arbeiter, die jahrelang für niedrige Löhne gearbeitet haben. Anstatt die Forderungen der Arbeiter zu prüfen, verteilt die Firma folgendes Elaborat „Zur Aufklärung“ an die Arbeiter: „§ 1. Ich bin kein Mitglied des Verbandes der Metallindustriellen, habe aber auch keine Verantwortung, in Unterhandlungen mit dem Metallarbeiter-Verband einzutreten, sondern möchte mit meiner Arbeiterschaft stets direkt verhandeln. § 2. Berechtigte Wünsche meiner Arbeiter habe ich mich noch nie verschlossen und werde solche auch in Zukunft berücksichtigen. Man wende sich gegebenenfalls zwecks Uebermittlung der Angelegenheit an Meister Gerhardt. § 3. Von einer allgemeinen Lohnserhöhung kann zurzeit gar keine Rede sein. Eine Umfrage bezüglich der Löhne bei den hiesigen Firmen hat ergeben, daß ich mich mit den von mir bezahlten Löhnen nicht nur über dem Durchschnitt bewege, sondern einzelne Gruppen (namentlich angelernte Tagelöhner) bekommen Löhne, wie sie keine andere Fabrik hier bezahlt. § 4. Mehr als dies ist jedoch ausschlaggebend, daß eine allgemeine Lohnserhöhung mir den Wettbewerb, namentlich mit norddeutschen Firmen, die Kohle und Blech in nächster Nähe haben, unmöglich machen würde. Es ist wohl zu beachten, daß ich früher nur mit fünf bis sechs Firmen zu konkurrieren hatte, während jetzt durch das Aufkommen der autogenen Schweißung die Zahl derselben auf 40 bis 50 angewachsen ist. Es wird versucht, Exportaufträge zu bekommen, die welchen mit sehr bescheidenem Nutzen gearbeitet werden muß. Allgemeine Lohnserhöhungen würden einen Export vollständig unmöglich machen und Reduzierung der Arbeiterzahl und der Arbeitszeit wäre unermesslich. § 5. Ich warne deshalb vor übereilten Entschlüssen, denen sicherlich die Neue folgen würde. Wer aber glaubt, anderwärts besser bezahlte Arbeit finden zu können, den kann und will ich nicht daran hindern, bei mir auszutreten. Ich werde bei den von mir bezahlten Löhnen neue Arbeitskräfte finden.“ — Also: Mohr, du hast deine Schuldigkeit getan, du kannst gehen, wenn du mit dem Lohn nicht zufrieden bist. Ob deine Knochen zerfunden, dein Gehörorgan zerfunden ist, ob du noch anderwärts Arbeit finden kannst, was kümmert das die Firma? Wir behaupten, daß die Angaben der Firma über die Löhne nicht den Tatsachen entsprechen. Und wenn wirklich einige Arbeiter „hohe“ Löhne erzielen, so ist damit noch gar nichts bewiesen, weil wir die Berechnungsmethode nicht kennen, auch keinem Arbeiter eine spezialisierte Aufstellung gezeigt wurde. Und dann: wie intensiv muß gearbeitet werden, wie gesundheitsgefährdend ist die Arbeit! Die Arbeiter wählten eine Kommission, die die Firma nur mit den Arbeitern zu unterhandeln und deren „berechtigten“ Wünsche zu erfüllen versprach. Sie lehnte aber eine Verhandlung ab und verwies die Kommission an den Werkführer Gerhardt; von diesem erhielt die Kommission den Bescheid, daß nur die etwas erhalten sollen, die nach Ansicht der Firma einer Aufbesserung würdig sind. Jeder Arbeiter sollte sich in eine Liste einzetreiben, es werde nach Maßgabe der Leistungen geprüft, ob eine Aufbesserung vorgenommen werden kann. — Wie sieht es nun mit den angeblichen hohen Löhnen aus? Von 68 Arbeitern liegt uns folgendes Resultat vor: 4 Arbeiter haben einen Stundenlohn von 27 S., 13 von 28, 18 bis 32, 10 bis 36, 8 bis 40, 8 bis 42, 6 bis 45 und 1 hat 46 S. Stundenlohn. Die Monteur erhalten außerdem noch 25 Prozent Bonuszulage, die aber auch erst in letzter Zeit eingeführt wurde. Der Durchschnittslohn beträgt 34,6 S. Seit Jahren dort beschäftigte ältere Schlosser haben noch 38, 40 und 42 S. Stundenlohn. In Akkord ist es nicht viel besser. Einzelne Gruppen verdienen zwar durchschnittlich 55 bis 57 S. pro Stunde, welcher Lohn aber bei der intensiven Arbeitsweise und der ungelunden Arbeit nicht zu hoch ist. Bei der Konkurrenz ist schon längst der teuren Lebenshaltung entsprechend aufgebessert worden, die Firma kurze hat seit 1907 den meisten Arbeitern keinen Pfennig Lohnzulage gezahlt, solche Gesuche immer abgelehnt. Die Arbeiter haben durch diese Haltung der Firma einsehen gelernt, daß nur durch die Organisation eine Verbesserung der Lebenshaltung möglich ist und sie werden daraus hoffentlich dauernd die Schlussfolgerungen für die Zukunft ziehen. In der Filiale K l e i n - S t e i n besteht noch die elstündige Arbeitszeit und die Löhne sind dort noch niedriger als hier. Auch die Arbeiter dieser Filiale werden um Erhöhung ihres Lohnes kämpfen müssen. Um der Firma Kunde Gelegenheit zu geben, uns zu beweisen, daß sie mit ihren Löhnen Arbeiter genug bekommt, werden wir diese Hude so lange sperren, bis sie sich dazu bequemt, ihre Arbeiter so zu bezahlen, wie die Konkurrenz, und dieselben Arbeitsbedingungen festlegt, wie sie in anderen Betrieben bestehen. — Zugung von Heizungsmeistern, Schlossern, Glöckern, Dreher, Helfern z. i. f. z. fernzuhalten.

**Sagen-Wetter.** Bei der Westfirma Stuckenholz herrschen Zustände, die unbedingt einer öffentlichen Kritik unterzogen werden müssen. Seitdem Herr Lebusius als Ingenieur bei der Firma tätig ist, haben sich die Arbeitsverhältnisse sehr verschlechtert, so daß die Arbeiter dieses Betriebes in Scharen den Staub Wetters von ihren Pantoffeln schütteln. Herr Lebusius hat sich von seinem früheren Tätigkeitsfeld eine Leibgäse mitgebracht, die als Lohndrücker fungieren müssen. In letzter Zeit sind fast in allen Abteilungen die Akkordlöhne reduziert worden. Wenn sich Arbeiter dagegen zur Wehr setzen, wird ihnen bedeutet, daß sie gehen könnten, es dauert dann nicht lange und es kommt aus Köln-Deutz Ersatz. Meister Holbring in der Dreherei 2 hat es durch die Abzüge soweit gebracht, daß die besten Arbeiter der Abteilung davongingen und auswärts in Stellung traten. Wenn dieser Meister meint, daß die Preise in der Dreherei noch viel zu hoch seien und daß sie noch mehr reduziert werden müßten, so können wir ihm versichern, daß er bei den neuen Preisen keine brauchbaren Arbeiter bekommen wird. Am schlimmsten sieht es in der Formerei aus. Seitdem Meister Klingenburg den Neubau verlassen hat und dafür Meister Junker dort registriert, geht alles drunter und drüber. Der Neubau gleicht einer alten Kumpelkammer. Aufgeräumt wird nicht, weil dazu die Hilfsarbeiter fehlen und Meister Junker sich auch wenig darum kümmert, denn seine Haupttätigkeit besteht im Drücken der Preise. An fast jedem Stück Arbeit, das in die Hude kommt, wird der Preis reduziert. Beim Preismachen muß der Formner häufig stundenlang mit dem Meister hanteln, denn dieser versucht, unter allen Umständen etwas abzugucken. Die Mißstände, die bei dieser Firma und speziell in der Formerei bestehen, sollten von der Betriebsleitung schleunigst beseitigt werden. So ist zum Beispiel der Kran sehr oft kaputt, auch lassen sich die Haken am Kran nicht drehen. Die Wasserleitung ist seit Wochen abgerissen, ein Teil der Formner muß deshalb weit laufen, um Wasser zu bekommen. Die Formner sind beim Arbeiten der Zugluft ausgesetzt, weil die Lüre herausgerissen wurde; es ist höchste Zeit, daß diese wieder eingeseht wird. Auch an Material fehlt es nicht im Betrieb, obwohl aber die Betriebsleitung schon oft darauf aufmerksam gemacht wurde, ist keine Abhilfe erfolgt. Im alten Bau sieht es nicht besser aus. Die Wascheinrichtung läuft schon seit Wochen über, aber Meister Eckmann kümmert sich nicht darum. Wenn ein neuer Formner anfängt, muß er erst eine Zeilang im Betrieb herumlaufen, bis er Material bekommt. Das in diesem Sinne auch die Hilfsarbeiter fehlen, ist selbstverständlich. In der Kernmacherei herrschen genau solche Zustände, wie in der Formerei. Als Anfangslohn zählt man den Kernmachern 38 S., das heißt der Firma noch zu viel zu sein, denn man beschäftigt Akkordlöhner einzuführen. Durch die angeführten Mißstände ist der Betrieb zum Laubenschlag geworden, die Arbeiter, die bei Stuckenholz in Stellung treten, halten es in der Regel nur einige Wochen aus, dann kehren sie der Hude schleunigst den Rücken. Um nun unsere auswärtigen Kollegen vor Schaden zu bewahren, ist über die Formerei der Firma Stuckenholz die Sperre verhängt. Wir ersuchen, den Zugang von Formnern nach Wetter fernzuhalten.

Furcht ist die Wurzel der Freigebit. Der Arbeiter soll sie auzrotten, diese schädliche Pflanze, und an ihrer Stelle den Nut tiefe Wurzeln schlagen lassen. Wollet ihr glücklich sein, so trachtet vor allem nach Mut.

# Rundschau.

Aus den Unternehmerverbänden.

**Bued's Müdritik.** Wie die Rheinisch-Westfälische Zeitung, das Organ der Schlot- und Zechenbarone, mitteilt, wird der langjährige Generalsekretär des Zentralverbandes Deutscher Industrieller, W u e d, am 1. Januar 1911 sein Amt niederlegen. Wued wird am 12. Dezember sein 80. Lebensjahr vollendet haben. Mit ihm verabschiedet einer der erbittertesten Feinde der modernen Arbeiterbewegung vom Kampffelde. Er war die Seele des Scharfmachertums und spielte im Zentralverband Deutscher Industrieller, dem verabschiedeten Gegner der deutschen Arbeiterklasse, die erste Geige. Es ist wohl kaum ein Anschlag gegen die Arbeiterschaft ausgehebt oder verübt worden, bei dem nicht Wued seine Hand im Spiele gehabt hätte. Wie wenig wäherlich er dabei in der Wahl seiner Mittel war, kann man unter anderem an dem berichtigten K u n d s c h r e i b e n erkennen, das er im August 1898 an die Industriellen richtete, und worin er diese ersuchte, der Aufforderung B o j a d o m s t h s nachzukommen und dem Reichsamt des Innern 12000 M. zur Agitation für die Buchhausvorlage zur Verfügung zu stellen. Die Veröffentlichung dieses Mundschreibens tief einen Entrüstungsturm bei dem anständigen Teil der Bevölkerung Deutschlands hervor und trug nicht wenig dazu bei, den schändlichen Gesekretär zu Falle zu bringen. Aber Wued's Haß gegen die Arbeiterbewegung und die wegwerfende Art und Weise, in der er über die Arbeiterklasse dachte, blieben ungedrohen. Bis in die letzten Jahre hinein haben wir Proben davon bringen können. Wenn auch damals die Buchhausvorlage im Reichstag abgelehnt wurde, so sind die Scharfmacher, zu deren ausgeprägtesten und — abgebrühtesten Vertretern Wued gehörte, nichtsdestoweniger auf politischem und sozialpolitischem Gebiet recht erfolgreich gewesen. Kann aber Herr Wued wirklich sagen, daß seine vornehmste Aufgabe, die Niederrichtung der Arbeiterbewegung, erfüllt worden ist? Das kann er nicht, vielmehr muß Wued an seinem Lebensabend erkennen, daß die Arbeiterbewegung kräftiger als je dasteht. Allein, wenn auch der Wued geht, so sind doch die Wued geblieben. Wued hat gelehrige Schüler gehabt und der Kampf des Scharfmachertums gegen die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung wird ungeschwächt weitergehen. Aber auch die Arbeiterklasse wird den Kampf gegen die Gefinnungsgegnossen Wued's weiterführen — bis zur Ueberwindung des Kapitalismus.

§ 153.

**Nachträge vom Verarbeiterstreik.** Das S a m b u r g e r G e h o enthält in seiner Nummer 259 vom 4. November folgenden Bericht: Heute gelangte vor dem Schöffengericht II, Amtsrichter Carlson, der erste Fall zur Verhandlung, der mit dem Streik der Verarbeiter in Verbindung gebracht wird, und zwar ein sehr merkwürdiger Fall, der von einem großen Eifer der Anklagebehörde zeugt. Aber schon zu Anfang Präzises Zeiten standen Frigilität und Nichtigkeit oft im Widerspruch. Der Schmeib N. wurde am 28. September dieses Jahres, also zur Zeit des Verarbeiterstreiks, in einer Gastwirtschaft aufgefunden, ein Glas Grog mitzutrinken. Aufblickend bemerkte er den bei Blohm & W o s arbeitenden Monteur N., der sich nicht dem Streik angeschlossen hatte. Er soll nun zu N. gesagt haben: „Du erbärmlicher Kerl, mit dir trinke ich kein Glas Grog; wenn ich einmal wieder mit dir zusammenarbeite, schlage ich dir die Knochen kaputt!“ So lautet die Anzeige gegen N., der dann wegen Nötigung aus § 240 des Strafgesetzbuches und § 153 der Gewerbeordnung — doppelt genügt hält besser — angeklagt wurde. Der Angeklagte bestritt entschieden, sich in dieser Weise geäußert zu haben; er habe nur gesagt: „Mensch, mit Ihnen trinke ich kein Glas Grog! Wenn Sie das so anders sagen, können Sie riskieren, daß man Ihnen die Knochen kaputt schlägt.“ Alle anderen Behauptungen seien unwahr. Der Zeuge N., ein schwerhöriger Mann, sagt aus: Der Angeklagte hat gesagt, ich sei ein schlechter Mensch, und hat mich gefragt, ob ich Nutzen davon hätte, daß ich bei Blohm & W o s arbeite, worauf er die zur Anklage stehenden Worte gebrauchte. Die Hoffnung, daß ich die Arbeit niederlegen würde, konnte er sich nicht machen. Man konnte aus den Worten entnehmen, daß ich die Arbeit niederlegen sollte.

Der Verteiler, Dr. B i t z, hält diesem Zeugen seine Schmerzhäufigkeit vor, bei der die Vermutung naheliege, daß er sich verstanden. Ein völlig unparteiischer Zeuge stellt den von N. vorgelegten Wortlaut der Akte seitens des Angeklagten entschieden in Abrede. Der Angeklagte habe nur gesagt, er wolle mit N. keinen Grog trinken, worauf er empört hinzugesetzt, er solle machen, daß er fortkäme. Trotzdem hält der A m t s a n w a l t die Anklage aufrecht, weil N. die Vorstellung davon getragene habe, er solle die Arbeit einstellen. Der Angeklagte müsse daher wegen Nötigung aus § 240 bestraft werden. Der Antrag lautet auf eine Geldstrafe von 25 M. Dr. B i t z erwiderte, daß der Amtsanwalt die Sachlage völlig verkenne. Nicht das Zeugnis des schwerhörigen N., sondern das des unparteiischen Zeugen sei maßgebend für die Beurteilung des Falles. N. habe sich etwas eingebildet, was den Tatsachen widerspreche. Der Angeklagte müsse daher glatt freigesprochen werden. Das Gericht erkannte auf Freisprechung, weil es denkbar sei, daß der schwerhörige Zeuge N. sich verhört habe. Aber wenn dies auch nicht der Fall wäre, müßte auf Freisprechung erkannt werden, weil nach den eigenen Worten des einen energischen Eindruck machenden Zeugen N. eine Nötigung oder Einschüchterung zum Zwecke der Arbeitsniederlegung ausgeschlossen gewesen wäre.

## Scharfmacher-Bettelbrief.

Der „günstige Wind“ hat uns wieder ein interessantes Schriftstück zugeweht: einen förmlichen Bettelbrief der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung, den ihr Agent für Süddeutschland an eine remittente Firma gesandt hat. Hier sein Wortlaut:

A. Schreyvogel  
Geschäftsführer der  
Deutschen Arbeitgeber-Zeitung  
für Süddeutschland.

Stuttgart, Datum des Postempfels.  
Paulusstr. 10.

Herrn N. N.

Sehr geehrter Herr!  
Soeben erhalte ich von der Post die Abonnements-Nachnahme der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung für das Jahr 1910/11 als verweigert zurück.  
Es ist nicht Sache des Arbeitgeberverbandes, gegen die Arbeitgeber Klagen vorzugehen; Sie hatten jederzeit die Güte, im Interesse der Sache, auf das Verbandsorgan zu abonnieren, mit der ausdrücklichen Verpflichtung, daß das Abonnement jeweils um ein Jahr bis verlängert, falls nicht vier Wochen vor Ablauf des Abonnements Abbestellung erfolgt.  
Das Abonnement lief am 1. Oktober ab, und haben Sie somit stillschweigend das Abonnement für das nächste Jahr anerkannt.  
Ich ersuche Sie daher höflich, um dem Verband und Ihnen Weiterungen zu ersparen, die Nachnahme bei nochmaliger Vorzeigung einzulösen.  
Wie sehr not, gerade jetzt, eine einheitliche Presse tut, zeigte uns der Vorgang im Baugewerbe. Der Verband ist geradezu gezwungen, auf das Halten seines Organs zu bringen! Um so mehr, als zurzeit dem Arbeitgeber die bürgerliche Presse aus Angst vor der Sozialdemokratie ihre Spalten gesperrt hat.  
Es wird Ihnen genügen, zu hören, daß der Verband der Metallindustriellen in Sachen der 60 Prozent-Aussperrung in der Metallbranche an 17 württembergische Zeitungen Ersäufungen sandte,



jedoch keine hatte die Courage, dieselbe in ihrem Blatte zu bringen.

Es ist daher Ehrenpflicht der Arbeitgeber, ihren Teil zur Aufklärung beizutragen.

Hochachtungsvoll

A. Schreyvogel

Generalvertrieb für Süddeutschland der Deutschen Arbeiter-Zeitung.

Von speziellem Interesse für uns Metallarbeiter ist die Stelle, die mir in gesperrter Schrift niedergegeben.

Am Dienstag den 8. November wurde in Bremen bei den Ortsverwaltungen des Transportarbeiterverbandes und des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes eine Hausdurchsuchung vorgenommen.

In Strafermittlungsachen gegen Wittrodt und Genossen wegen Aufzucht bezw. Landfriedensbruchs beschließt das Amtsgericht auf Antrag der Staatsanwaltschaft.

Das Amtsgericht, Abteilung für Strafsachen, gest. Stumpf.

Wie die Bremer Bürger-Zeitung mitteilt, haben die beiden Gewerkschaften sofort ihren Rechtsanwalt beauftragt, gegen die Maßnahmen des Gerichts Beschwerde einzulegen.

Wenn die Meldungen der Zeitungen über die Quantität der konfiszierten Materialien zutreffen, dann haben die hausdurchsuchenden Organe den Gerichtsbeschluss überschritten.

Arbeiterversicherung. Montagezulagen und Jahresarbeitsverdienst.

Montagezulagen und Jahresarbeitsverdienst. Die Entscheidungen des Reichsversicherungsamts zeigen im Laufe der Jahre eine für die Verletzten fortgesetzt ungünstiger werdende Tendenz.

Der Konflikt in der Uhrenindustrie (siehe Nr. 45, S. 360) ist am 7. November beigelegt worden.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Der Konflikt in der Uhrenindustrie (siehe Nr. 45, S. 360) ist am 7. November beigelegt worden.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Zur Verteidigungsklage des „christlichen“ Bezirksleiters Karl Weinbrenner

wird uns aus Hamm in Westfalen geschrieben: Sehr feinfühlig sind die „Christlichen“: wenn ihnen einmal die Wahrheit gesagt wird, dann spielen sie die Entrüsteten und laufen zum Kabi.

In der Metallarbeiter-Zeitung von v. a. s. h. v. a. r. z. e. n. d. e. m. a. g. e. n. die Rede, womit auch Weinbrenner gemeint war.

Die soziale Not der Arbeiter jammern hörte, dann konnte man sich von ihm schon einen Begriff machen.

Der alte ehrliche Weinbrenner brachte es ausgezeichnet fertig, besonders in den schwarzen Gegenden so recht über die sozialdemokratischen Verbände zu schimpfen.

Weinbrenner war so „christlich“, daß er selbst die von ihm mitgeteilten und unterschriebenen Beschlüsse wissenschaftlich durchbrach.

Diese „christliche“ Stütze hat nun seine Klage gegen den Kollegen Scherm zurückgewiesen. Jammerjähre, daß es so kommen mußte.

Die „christliche“ Stütze hat nun seine Klage gegen den Kollegen Scherm zurückgewiesen.

Die „christliche“ Stütze hat nun seine Klage gegen den Kollegen Scherm zurückgewiesen.

Die „christliche“ Stütze hat nun seine Klage gegen den Kollegen Scherm zurückgewiesen.

Die „christliche“ Stütze hat nun seine Klage gegen den Kollegen Scherm zurückgewiesen.

Die „christliche“ Stütze hat nun seine Klage gegen den Kollegen Scherm zurückgewiesen.

Die „christliche“ Stütze hat nun seine Klage gegen den Kollegen Scherm zurückgewiesen.

Die „christliche“ Stütze hat nun seine Klage gegen den Kollegen Scherm zurückgewiesen.

Die „christliche“ Stütze hat nun seine Klage gegen den Kollegen Scherm zurückgewiesen.

Die „christliche“ Stütze hat nun seine Klage gegen den Kollegen Scherm zurückgewiesen.

Die „christliche“ Stütze hat nun seine Klage gegen den Kollegen Scherm zurückgewiesen.

Die „christliche“ Stütze hat nun seine Klage gegen den Kollegen Scherm zurückgewiesen.

Die „christliche“ Stütze hat nun seine Klage gegen den Kollegen Scherm zurückgewiesen.

Die „christliche“ Stütze hat nun seine Klage gegen den Kollegen Scherm zurückgewiesen.

Die „christliche“ Stütze hat nun seine Klage gegen den Kollegen Scherm zurückgewiesen.

Die „christliche“ Stütze hat nun seine Klage gegen den Kollegen Scherm zurückgewiesen.

Die „christliche“ Stütze hat nun seine Klage gegen den Kollegen Scherm zurückgewiesen.

Die „christliche“ Stütze hat nun seine Klage gegen den Kollegen Scherm zurückgewiesen.

Die „christliche“ Stütze hat nun seine Klage gegen den Kollegen Scherm zurückgewiesen.

Die „christliche“ Stütze hat nun seine Klage gegen den Kollegen Scherm zurückgewiesen.

Die „christliche“ Stütze hat nun seine Klage gegen den Kollegen Scherm zurückgewiesen.

Die „christliche“ Stütze hat nun seine Klage gegen den Kollegen Scherm zurückgewiesen.

Die „christliche“ Stütze hat nun seine Klage gegen den Kollegen Scherm zurückgewiesen.

Die „christliche“ Stütze hat nun seine Klage gegen den Kollegen Scherm zurückgewiesen.

Die „christliche“ Stütze hat nun seine Klage gegen den Kollegen Scherm zurückgewiesen.

Die „christliche“ Stütze hat nun seine Klage gegen den Kollegen Scherm zurückgewiesen.

Die „christliche“ Stütze hat nun seine Klage gegen den Kollegen Scherm zurückgewiesen.

Die „christliche“ Stütze hat nun seine Klage gegen den Kollegen Scherm zurückgewiesen.

Die „christliche“ Stütze hat nun seine Klage gegen den Kollegen Scherm zurückgewiesen.

Die „christliche“ Stütze hat nun seine Klage gegen den Kollegen Scherm zurückgewiesen.

Die „christliche“ Stütze hat nun seine Klage gegen den Kollegen Scherm zurückgewiesen.

Die „christliche“ Stütze hat nun seine Klage gegen den Kollegen Scherm zurückgewiesen.

Die „christliche“ Stütze hat nun seine Klage gegen den Kollegen Scherm zurückgewiesen.

Die „christliche“ Stütze hat nun seine Klage gegen den Kollegen Scherm zurückgewiesen.

„Kulturbilder“ eine auf gründlichen Quellenstudien beruhende vollständige „Geschichte der Revolutionen“ an, verfaßt von dem bekannten Genossen Dr. A. Conrady.

Am Dienstag den 8. November wurde in Bremen bei den Ortsverwaltungen des Transportarbeiterverbandes und des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes eine Hausdurchsuchung vorgenommen.

In Strafermittlungsachen gegen Wittrodt und Genossen wegen Aufzucht bezw. Landfriedensbruchs beschließt das Amtsgericht auf Antrag der Staatsanwaltschaft.

Das Amtsgericht, Abteilung für Strafsachen, gest. Stumpf.

Wie die Bremer Bürger-Zeitung mitteilt, haben die beiden Gewerkschaften sofort ihren Rechtsanwalt beauftragt, gegen die Maßnahmen des Gerichts Beschwerde einzulegen.

Wenn die Meldungen der Zeitungen über die Quantität der konfiszierten Materialien zutreffen, dann haben die hausdurchsuchenden Organe den Gerichtsbeschluss überschritten.

Arbeiterversicherung. Montagezulagen und Jahresarbeitsverdienst.

Montagezulagen und Jahresarbeitsverdienst. Die Entscheidungen des Reichsversicherungsamts zeigen im Laufe der Jahre eine für die Verletzten fortgesetzt ungünstiger werdende Tendenz.

Der Konflikt in der Uhrenindustrie (siehe Nr. 45, S. 360) ist am 7. November beigelegt worden.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Der Konflikt in der Uhrenindustrie (siehe Nr. 45, S. 360) ist am 7. November beigelegt worden.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Vom Ausland.

Schweiz.

Der Konflikt in der Uhrenindustrie (siehe Nr. 45, S. 360) ist am 7. November beigelegt worden.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Nachtrag.

Pforzheim, 13. November. In den letzten drei Tagen haben die Unternehmer auch noch weiteren circa 6000 Goldarbeiter gekündigt.

Koblenz. Die hiesigen Heizungsmonteure sind in einer Lohnbewegung. Zugzug fernhalten.

Verbands-Anzeigen

Mitglieder-Versammlungen. (In allen Versammlungen werden Mitglieder ausgen.)

Samstag, 19. November: Stieghelm u. Led. Rose, 8 Uhr.

Sonntag, 20. November: Hannover-Ad. Seigsm. Langestr. 2, 10.

Dienstag, 22. November: Rawitzki. Straube, Rosenstr. 8 Uhr.

Mittwoch, 23. November: Berlin. (Alle in Gas, Wasser- u. Dampfmaschinen, sowie Kronen-

Freitag, 25. November: Dillingen. Nero, Großstr. 8 Uhr.

Samstag, 26. November: Wormald-Eberfeld (Heizungsmont. u. Helfen). Volkshaus, Eberfeld, 9.

Sonntag, 27. November: Dresden (Klemp.) Sieh. Volksh., 1/11.

Donnerstag, 1. Dezember: Götting. (Mechaniker und Optiker.) Stadt Borns, 8 Uhr.

Samstag, 3. Dezember: Aachen. Bayr. Hof, halb 9.

Dresden. (Gold- u. Silberarbeiter.) Volkshaus, Nützenbergstr. 2, 1, 9 Uhr.

Donnerstag, 1. Dezember: Götting. (Mechaniker und Optiker.) Stadt Borns, 8 Uhr.

Samstag, 3. Dezember: Aachen. Bayr. Hof, halb 9.

Dresden. (Gold- u. Silberarbeiter.) Volkshaus, Nützenbergstr. 2, 1, 9 Uhr.

Donnerstag, 1. Dezember: Götting. (Mechaniker und Optiker.) Stadt Borns, 8 Uhr.

Samstag, 3. Dezember: Aachen. Bayr. Hof, halb 9.

Dresden. (Gold- u. Silberarbeiter.) Volkshaus, Nützenbergstr. 2, 1, 9 Uhr.

Donnerstag, 1. Dezember: Götting. (Mechaniker und Optiker.) Stadt Borns, 8 Uhr.

Samstag, 3. Dezember: Aachen. Bayr. Hof, halb 9.

Dresden. (Gold- u. Silberarbeiter.) Volkshaus, Nützenbergstr. 2, 1, 9 Uhr.

Donnerstag, 1. Dezember: Götting. (Mechaniker und Optiker.) Stadt Borns, 8 Uhr.

Samstag, 3. Dezember: Aachen. Bayr. Hof, halb 9.

Dresden. (Gold- u. Silberarbeiter.) Volkshaus, Nützenbergstr. 2, 1, 9 Uhr.

Donnerstag, 1. Dezember: Götting. (Mechaniker und Optiker.) Stadt Borns, 8 Uhr.

Samstag, 3. Dezember: Aachen. Bayr. Hof, halb 9.

Dresden. (Gold- u. Silberarbeiter.) Volkshaus, Nützenbergstr. 2, 1, 9 Uhr.

Donnerstag, 1. Dezember: Götting. (Mechaniker und Optiker.) Stadt Borns, 8 Uhr.

Samstag, 3. Dezember: Aachen. Bayr. Hof, halb 9.

Dresden. (Gold- u. Silberarbeiter.) Volkshaus, Nützenbergstr. 2, 1, 9 Uhr.

Donnerstag, 1. Dezember: Götting. (Mechaniker und Optiker.) Stadt Borns, 8 Uhr.

Literarisches.

(Zur Bestellung der angelegten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Im Verlag von J. F. B. Diez Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: Die Bergarbeiter. Historische Darstellung der Bergarbeiterverhältnisse von der ältesten bis in die neueste Zeit.

Der Konflikt in der Uhrenindustrie (siehe Nr. 45, S. 360) ist am 7. November beigelegt worden.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Verbands-Anzeigen

Mitglieder-Versammlungen. (In allen Versammlungen werden Mitglieder ausgen.)

Samstag, 19. November: Stieghelm u. Led. Rose, 8 Uhr.

Sonntag, 20. November: Hannover-Ad. Seigsm. Langestr. 2, 10.

Dienstag, 22. November: Rawitzki. Straube, Rosenstr. 8 Uhr.

Mittwoch, 23. November: Berlin. (Alle in Gas, Wasser- u. Dampfmaschinen, sowie Kronen-

Freitag, 25. November: Dillingen. Nero, Großstr. 8 Uhr.

Samstag, 26. November: Wormald-Eberfeld (Heizungsmont. u. Helfen). Volkshaus, Eberfeld, 9.

Sonntag, 27. November: Dresden (Klemp.) Sieh. Volksh., 1/11.

Donnerstag, 1. Dezember: Götting. (Mechaniker und Optiker.) Stadt Borns, 8 Uhr.

Samstag, 3. Dezember: Aachen. Bayr. Hof, halb 9.

Dresden. (Gold- u. Silberarbeiter.) Volkshaus, Nützenbergstr. 2, 1, 9 Uhr.

Donnerstag, 1. Dezember: Götting. (Mechaniker und Optiker.) Stadt Borns, 8 Uhr.

Samstag, 3. Dezember: Aachen. Bayr. Hof, halb 9.

Dresden. (Gold- u. Silberarbeiter.) Volkshaus, Nützenbergstr. 2, 1, 9 Uhr.

Donnerstag, 1. Dezember: Götting. (Mechaniker und Optiker.) Stadt Borns, 8 Uhr.

Samstag, 3. Dezember: Aachen. Bayr. Hof, halb 9.

Dresden. (Gold- u. Silberarbeiter.) Volkshaus, Nützenbergstr. 2, 1, 9 Uhr.

Donnerstag, 1. Dezember: Götting. (Mechaniker und Optiker.) Stadt Borns, 8 Uhr.

Samstag, 3. Dezember: Aachen. Bayr. Hof, halb 9.

Dresden. (Gold- u. Silberarbeiter.) Volkshaus, Nützenbergstr. 2, 1, 9 Uhr.

Donnerstag, 1. Dezember: Götting. (Mechaniker und Optiker.) Stadt Borns, 8 Uhr.

Samstag, 3. Dezember: Aachen. Bayr. Hof, halb 9.

Dresden. (Gold- u. Silberarbeiter.) Volkshaus, Nützenbergstr. 2, 1, 9 Uhr.

Donnerstag, 1. Dezember: Götting. (Mechaniker und Optiker.) Stadt Borns, 8 Uhr.

Samstag, 3. Dezember: Aachen. Bayr. Hof, halb 9.

Dresden. (Gold- u. Silberarbeiter.) Volkshaus, Nützenbergstr. 2, 1, 9 Uhr.

Donnerstag, 1. Dezember: Götting. (Mechaniker und Optiker.) Stadt Borns, 8 Uhr.

Samstag, 3. Dezember: Aachen. Bayr. Hof, halb 9.

Dresden. (Gold- u. Silberarbeiter.) Volkshaus, Nützenbergstr. 2, 1, 9 Uhr.

Donnerstag, 1. Dezember: Götting. (Mechaniker und Optiker.) Stadt Borns, 8 Uhr.

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Cie., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Roteplatz 16 B.